Bürger*innenbrief

21. November 2025 | Nr. 220

Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

Die Linke

Stadtbildkultur beim Alsterbummel +++ Hamburger Zukunftsentscheid +++ Olympia-Bewerbung +++ Neue Bundestierschutzbeauftragte +++ Pferdepension in Rissen +++ Die SAGA reformieren +++ Orange the World! – Stoppt Gewalt gegen Frauen! +++ Armutsgipfel 2025 +++ Kulturtipp: 2 Ausstellungen im Museum der Arbeit

Auf der Demo von Fridays for Future am 14. November (Foto Archiv Kollektiv)

Liebe Leserinnen und Leser,

noch tobt in unserer Stadt ja die Auseinandersetzung um die Folgen des erfolgreichen Zukunftsentscheids vom 12. Oktober. Der Senat ist unerwartet in die Bredouille geraten, die SPD muffelt ihre Partner*innen der GRÜNEN an und einige Verbände zetern: völlig unrealistisch, nicht bezahlbar usw. Uns erscheint das alles recht absurd, häufen sich in den Medien doch die Hiobsbotschaften hinsichtlich der sich anbahnenden oder vielleicht auch schon ausweitenden Klimakatastrophe. Nehmen wir die Meldung einer Wissenschaftler*innengruppe der Universität Exter vom 12. November, wonach die weltweiten CO_2-Emissionen im laufenden Jahr absehbar um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr weiter zunehmen, auf den höchsten Wert ever! Oder schauen wir uns eine Mitte Oktober veröffentlichte Erhebung der Weltmeteorologie-Organisation WMO an. Sie zieht das Fazit, dass die weiter wachsende Konzentration der Treibhausgase in der Atmosphäre bereits im vergangenen Jahr zu einer durchschnittlichen Oberflächentemperatur auf der Erde von 1,55 Grad über dem vorindustriellen Niveau geführt hat – von wegen eine Begrenzung der Erdtemperatur um 1,5 Grad bis zum Jahre 2100. Kein Wunder also, dass der Meeresspiegel zwischen 1900 und 2020 so schnell gestiegen ist wie seit 4.000 Jahren nicht mehr, so das Forschungsergebnis der Universität Piscataway (USA). Traurig also das Verhalten des Senats und die Ignoranz vor allem der SPD – von den Konservativen und den ganz Rechten mal zu schweigen. Wir können gespannt sein, wann in Hamburg denn damit ernsthaft und konkret begonnen wird, das Tempo bei den Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2040 deutlich zu erhöhen. Eine Meldung des NDR vom 14. November lässt jedoch schon mal arge Zweifel aufkommen da-

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

ran, wie ernst die Senatsparteien den Zukunftsentscheid nehmen. Da ist nämlich gerade ein vertraulicher »Beschlussvorschlag« des Senats für das Bundeskanzleramt durchgesickert, aus dem hervorgeht, die EU-Richtlinie zum Gebäudeklimaschutz nicht etwa zu beschleunigen, sondern erst zwei Jahre später umzusetzen. Der NDR kommentiert kurz und präzise: »Vorstoß steht im Gegensatz zum Volksentscheid«. Dass die Bundesregierung aus CDU und SPD mal eben die Luftverkehrsabgabe auf Flugtickets absenken, das Fliegen also billiger machen will, obwohl genau die Fliegerei die klimaschädlichste Form der Fortbewegung ist, wirft nur ein weiteres Schlaglicht auf die Politik der Herrschenden, die den Schuss immer noch nicht gehört haben. Es gehe ja schließlich um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Flughäfen, tönt Schwarz-»Rot«. »Für die Lobby, gegen die Menschheit«, kommentiert die taz diesen klimaunfreundlichen Akt zutreffend.

Bekannt geben können wir auch von hier aus, dass am 13. November eine neue, flächendeckende Mietenkampagne der LINKEN angelaufen ist. Es geht dabei gegen den Mietenwahnsinn und Wuchermieten, wir greifen aber auch die Vernachlässigung, den Leerstand von Wohnraum und etliches mehr an. Zur Bundestagswahl 2025 haben wir als LINKE bundesweit – und auch hier in Hamburg – vielen Menschen Hoffnung gemacht, dass sich mit der LINKEN etwas ändern kann. Diese Hoffnung wollen wir jetzt einlösen. Damit das gelingt, müssen wir den Druck auf die Immobilienkonzerne und die Regierung erhöhen. Dieser Druck wird entstehen, wenn sich viele Mieter*innen zusammenschließen und gemeinsam dafür sorgen, dass selbst Friedrich Merz und Co ins Schwitzen kommen. Deshalb organisieren wir uns mit betroffenen Mieter*innen vor Ort und wehren uns gemeinsam gegen dreiste Vermieter*innen und Mietabzocke. Wir lassen von uns hören. Aktuelle Informationen zur Kampagne gibt es unter www.mietabzocke-stoppen.de und für Hamburg unter https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/.

Heike Sudmann und Stephan Jersch
Janine Burkhardt, Jens Schultz und Michael Joho

Von der Aktions-Website

Sicher Wohnen statt Miet-Abzocke!

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Stadtbildkultur beim Alsterbummel erleben

Von Michael Joho

Vor Längerem hatten wir im »Bürger*innenbrief« schon mal eine Strecke mit Fotos von Mülleimern der Hamburger Stadtreinigung gebracht – und als Kunst im öffentlichen Raum charakterisiert. Viele Passant*innen lächeln ob des einen oder anderen Spruchs auf den Behältern, um sich dann wieder auf den Weg zu konzentrieren. So ging es auch mir, bei einem kürzlichen Bummel von St. Georg über die umgebaute Situation rund um die Brücken an der Hohenfelder Bucht bis zur Moschee an der Außenalster.

Gerade scheint eine neue Sprüchesammlung auf den Mülleimern angebracht worden zu sein. »Die roten Kisten mit den frechen Sprüchen«, nennt die Hamburger Stadtreinigung das auf ihrer lesenswerten Homepage. Insgesamt mehr als 21.000 solcher »Sauberkeitsbotschafter« hat sie in Hamburg mittlerweile aufgestellt, davon – gefühlt – rund um die Alster ein paar hundert. O-Ton der Stadtreinigung: »Schenken Sie ihnen die Aufmerksamkeit, die ihnen gebührt, und nutzen Sie ihre frechen Klappen. Egal, ob Zigarettenkippe, Kaugummi oder anderer kleiner Abfall unterwegs: Die Papierkörbe freuen sich über alles, was nicht auf der Straße landet.«

Als besonderen Service für die Fans der stark gefragten Sprüche verschickt die Stadtreinigung einige von ihnen als Aufkleber. Dafür muss mensch einen DIN C4-Umschlag mit 1,60 Euro frankieren und adressieren und unter Angabe des gewünschten Spruchs an diese Anschrift senden: Stadtreinigung Hamburg, Stichwort: Sprüche, 20531 Hamburg.

Welche Aufkleber noch zur Verfügung stehen, kann auf der o.a. Website überprüft werden. Pro Anfrage wird nur ein Spruchkleber versandt, und auch nur an Hamburger*innen.

Wir präsentieren in diesem BB einige dieser (neuen?) Sprüche schon mal als Foto und verbinden den Kulturwalk mit einer Einladung zum wunderschönen Herbst-Spaziergang an der oder auch um die Alster.

Herbstlicher Spaziergang an der Alster mit Aufmunterern (Fotos: M. Joho)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Hamburger Zukunftsentscheid: Ein Tsunami der Angst

Von Janine Burkhardt und Stephan Jersch

Die Stadt diskutiert nicht darüber, *ob* sie klimaneutral werden soll, sondern *wann*. Die Organisationen rund um den »Hamburger Zukunftsentscheid« fordern die Klimaneutralität 2040 und damit fünf Jahre früher ein, als die Planung des Senats bisher vorsah. Fünf Jahre Unterschied – kaum genug Zeit für einen baustellenfreien S-Bahnhof »Berliner Tor«. Und doch: Kaum ein politisches Thema hat in den letzten Wochen so sehr den Nerv getroffen – zumindest bei einigen Gegner*innen des Entscheids.

Klimaprotest

Nachdem die Initiative rund um den Zukunftsentscheid genug Unterschriften gesammelt hatte, trat diese in Verhandlungen mit der Regierungskoalition. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden, sodass der Volksentscheid durchgeführt wurde. Doch gefühlt vier Wochen vor dem Entscheid zog eine orchestrierte Welle der Besorgnis durch die Stadt. Kurz nach den Sommerferien wurde die Angst-Matinee eröffnet. Offensichtlich bekamen es einige selbst mit der Angst zu tun, dass der Entscheid erfolgreich sein könnte. Das »Hamburger Abendblatt« titelte nahezu täglich mit Schreckensnachrichten, die von SPD-Fraktionschef Dirk Kienscherf, dem Finanzsenator oder einfach »Bürger« Andreas Dressel, CDU-Fraktionschef Dennis Thering, Dennis Gladiator (CDU), der Handelskammer, dem ehemaligen Bürgermeister Ole von Beust, einem überparteilichen Wirtschaftsbündnis, dem Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW), dem SoVD und natürlich nicht zu vergessen dem derzeitigen Bürgermeister Peter Tschentscher – wobei dieser nur indirekt seine Meinung kundtat – gefüttert wurden.

So klagte Dressel über die »Wohlfühlplakate« der Initiative (hier), Kienscherf darüber, dass der Entscheid »nicht zum Wohle« der Stadt sei (hier), der VNW kritisierte den FC St. Pauli für die Unterstützung des Zukunftsentscheids, denn das sei »ein Projekt wohlhabender Menschen« (hier). Ex-Bürgermeister Ole von Beust sprach von einer »ideologischen Klimapolitik« mit katastrophalen Folgen für die Wirtschaft (hier). Die IG Chemie warnte vor Betriebsschließungen und Arbeitsplatzverlusten (hier), während der Industrieverbandschef mit Andreas Pfannenberg von einem »Sargnagel für Hamburgs Industrie« sprach (hier). Die Handelskammer und Handwerkskammer warnten von einer »aufgezwungene(n), realitätsferne(n) Gesetzeslage« und dass »nur mit Augenmaß und Planbarkeit« eine Transformation erfolgreich sein könne (hier). Schade nur, dass die Handelskammer lange betont hatte, Hamburgs Wirtschaft könne bis 2040 klimaneutral werden. Doch als das Ziel gesetzlich festgeschrieben werden soll, vollzog die Kammer eine dramaturgisch saubere Wendung. Kurz gefasst: 2040 ginge, aber bitte nicht verbindlich – das ist kein ökonomisches Argument mehr, sondern ein psychologisches.

Foto: Pixabay

Der Zukunftsentscheid ist gewonnen – jetzt geht es an die Details.

Foto: Pixabay

Die oben Genannten bildeten einen Tsunami der Angst, der die Menschen dazu bewegen sollte, am 12. Oktober 2025 bloß mit ›Nein‹ zu stimmen – unter willfähriger Beihilfe des »Hamburger Abendblatts«. Die Forderung des Entscheids sei unrealistisch und der vorgeschlagene Weg zur Klimaneutralität würde arme Menschen noch mehr belasten.

Nebenher wittert Dennis Thering Koalitionsluft, warf den Grünen »ein falsches Spiel« vor, denn diese legten in ihrer Rolle als Koalitionspartner einen beeindruckenden Spagat hin: Als Koalitionspartner gegen den Hamburger Zukunftsentscheid, als Abgeordnete im Privatmodus und Landesverband jedoch dafür.

Die Sahnehaube der Zeichnung von Schreckensszenarien bildete dann die »Aktuelle Stunde« in der Hamburgischen Bürgerschaft am 8. Oktober – vier Tage vor dem Entscheid. So könnte mensch auf die Idee kommen, allein die Seitenanzahl von 316 sei scheinbar für den derzeit gültigen Klimaplan schon Qualität genug. Man wolle »realistisch bleiben« –

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

ein Codewort, das in Hamburgs Klimapolitik als synonym gilt mit: nicht vor 2045. Die CDU übernahm die Rolle als Schutzpatronin des Mittelstands. Das Publikum sollte vor allem eine Message mitnehmen: Der Zukunftsentscheid ist nicht die Lösung, sondern das Problem. Und die Angst als zentrales Stilmittel der Gegenkampagne – sie hatte viele Gesichter: Angst vor zu viel Tempo, Angst vor Bürger*innenwillen und Angst, die Kontrolle zu verlieren.

Hamburg stimmte am 12. Oktober ab und trotz der Angstkampagne stimmten die Bürger*innen mehrheitlich mit »Ja« und machten damit die Stadt zum ersten Bundesland, das per Volksentscheid die verbindlichen Klimaziele verschärft. Die eigentliche Pointe: Die Gegner*innen des Zukunftsentscheids haben vor allem kommunikativ verloren.

Nun heißt es: gestalten statt verwalten, ermöglichen statt motzen.

Hamburgs Zukunft aktiv gestalten – nicht aussitzen!

Von Stephan Jersch und Janine Burkhardt

Der erfolgreiche Zukunftsentscheid ist ein demokratisches Signal. Die Bürger*innen dieser Stadt wollen einen besseren Klimaschutz! Sozialverträglich und mit konkreten jährlichen Zielen. Doch anstatt diesen Auftrag als Rückenwind zu begreifen, scheint der Senat lieber den Kopf in den Sand zu stecken. So hat Bürgermeister Tschentscher in seiner Rede kurz nach dem erfolgreichen Volksentscheid bereits darauf verwiesen, dass der Senat eine Übergangszeit von zwei Jahren ab Inkrafttreten des geänderten Klimaschutzgesetzes hat, um mit der Umsetzung zu beginnen (hier). Ein Schelm, wer da Böses denkt. Wenige Stunden nach dem Abstimmungsergebnis wird schon auf Übergangsfristen verwiesen. Auch SPD-Fraktionschef Kienscherf hat in einem Statement ausgeführt, dass man sich als Regierungskoalition nun die Zeit nehmen werde, die man brauche und die ihnen gesetzlich zustehe (hier). Von den GRÜNEN forderte er, dass diese einen Maßnahmenplan vorlegen sollen, schließlich hätten diese sich massiv dafür eingesetzt, dass der Volksentscheid angenommen wird (hier). Kurz hinter der Ziellinie des Volksentscheids noch der Versuch der unterlegenen SPD, sich aus der Verantwortung zu stehlen.

Mitte September wurde das Gutachten des Konsortiums aus Hamburg Institut und Ökoinstitut e.V. veröffentlicht, welches aufzeigt, dass eine Klimaneutralität bis 2040 eine deutliche Umsteuerung in vielen Lebensbereichen erfordern wird, aber machbar ist. Der Modellierung zur Folge werden im Jahr 2040 noch Emissionen in Höhe von etwa 1,8 Millionen Tonnen CO_2 anfallen (u.a. knapp 600.000 Tonnen alleine im Verkehrssektor), die durch den erfolgreichen Volksentscheid mit verschiedenen Maßnahmen zu reduzieren sind. Das Konsortium beleuchtet verschiedene Maßnahmen, die für die Zielerreichung bis 2040 eine entscheidende Rolle spielen. So muss beispielsweise der Ausbau der öffentlichen und privaten Ladesäulen-Infrastruktur stärker vorangetrieben werden. Dazu muss u.a. eine Netzertüchtigung erfolgen. Aber auch weitere Maßnahmen wie eine erhebliche Beschleunigung des Ausbaus der Fahrradinfrastruktur, Tempo 30, eine ÖPNV-Taktverdichtung, eine deutlich erhöhte Sanierungsrate an Gebäuden sowie die Stilllegung des Gasnetzes sind notwendige Schritte. Die SAGA als das größte deutsche Wohnungsunternehmen

Foto: Pixabay

ist bezüglich der energetischen Sanierung mit verbindlichen jährlichen Sanierungsquoten oder einer entsprechenden Zielvereinbarung mit der Stadt in die Pflicht zu nehmen. Die hohen Jahresüberschüsse der SAGA können für die energetische Sanierung aufgewendet werden, statt sie an die Stadt abzuführen (hier).

Der Initiative des Zukunftsentscheids wurde immer wieder vorgeworfen, dass sie die Schwierigkeiten und Herausforderungen mit der fünf Jahre früheren Klimaneutralität verschwiegen hätte. Tatsächlich hat die Initiative klargestellt, dass eine massive Anstrengung von Nöten sein wird, um den Entscheid umzusetzen, welche auch mit hohen Kosten verbunden ist. Doch Klimaschutz zahlt sich aus, denn jeder in-

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

vestierte Euro in den Klimaschutz spart zwischen 1,8 und 4,8 Euro Klimafolgekosten (hier).

Es ist zwingend erforderlich, zügig in die Umsetzung des Zukunftsentscheids zu kommen. Die Zustimmung zum Volksentscheid war kein symbolischer Akt, sondern ist ein Arbeitsauftrag an Politik und Verwaltung mit Gesetzesrang. Dabei ist es zwingend erforderlich, die Stadtgesellschaft mit einzubeziehen. Hamburg hat mit dem Zukunftsentscheid die Chance zu zeigen, dass partizipative Demokratie mehr ist als die bloße Teilnahme an einer Abstimmung – sie kann zu einem Motor einer zukunftsfähigen Stadtpolitik werden. Als zentralen Schritt sehen wir als Linksfraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft die Einberufung eines Bürger*innenrates, der die Umsetzung des Zukunftsentscheids begleitet und antreibt. Die Stadtgesellschaft hat mit ihrem JA zum Volksentscheid signalisiert, dass sie Verantwortung übernehmen will, nun muss der Senat diese Bereitschaft ernst nehmen und institutionell verankern.

Besorgniserregend ist jedoch, was für Signale aus dem Rathaus kommen – die Umsetzung könne sich hinziehen, heißt es – als sei bis dahin alles auf Eis gelegt. Dabei enthält der Zukunftsentscheid bereits klare Etappenziele für die Jahre 2026 bis 2030. Diese Meilensteine sind entscheidend und verbindlich, um Kurs zu halten. Im Fall einer Zielverfehlung wird jetzt eine bedarfsgerechte Nachsteuerung erforderlich. Wer jetzt wartet, verliert nicht nur wertvolle Zeit, sondern gefährdet auch das Vertrauen der Hamburger*innen in den politischen Prozess. Der Senat sollte den Dialog mit der Stadtgesellschaft suchen, den Bürger*innenrat einrichten und endlich den Weg nach vorn einschlagen.

Olympia-Bewerbung: Münchner*innen dafür, Hamburger*innen dagegen

Von Heike Sudmann

Berlin, München, die Region Rhein/Ruhr und Hamburg bewerben sich beim Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) um die Austragung Olympischer und Paralympischer Spiele. Fast zeitgleich fanden im Oktober Befragungen in München und Hamburg zur Olympia-Bewerbung statt – mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen. 66 Prozent der Münchner*innen stimmten in einem Bürgerentscheid für eine Austragung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2036, 2040 oder 2044 in ihrer Metropole. In Hamburg hingegen sind aktuell 60 Prozent gegen Olympische Spiele in ihrer Stadt. Hier hatte der Norddeutsche Rundfunk (NDR) 6.294 Hamburger*innen in einer nicht-repräsentativen Umfrage gefragt: »Bist Du dafür, dass sich Hamburg um die Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Sommerspiele bewirbt, die entweder im Jahr 2036, 2040 oder 2044 stattfinden?« Mit JA antworteten 27 Prozent, unentschieden waren 13 und 60 Prozent sagten NEIN.

Auch die jeweiligen Antworten auf weitere Fragen des NDR sind interessant:

- 19 Prozent sehen für sich persönlich eher oder überwiegend Vorteile, 56 Prozent eher oder überwiegend Nachteile.
- Überwiegend oder eher Vorteile für Hamburg sehen 33 Prozent, eher oder überwiegend Nachteile 54 Prozent.
- 65 Prozent finden: »Für Olympische Spiele geben Bund und Stadt Geld aus, das für wichtigere Dinge fehlt.«

Alle Fragen und Hamburger Ergebnisse der NDR-Umfrage finden sich hier.

Aufsteller der Promotionkampagne von Hamburg Active City. Wahrscheinlich wird nach dem Diktat des IOC von der »gemeinsamen Gestaltung« der Olympischen Spiele reichlich Lack & Farbe verloren gegangen sein. (Foto: Heike Sudmann)

Und so gehts weiter

Das Referendum, bei dem alle Hamburger*innen über die Bewerbung entscheiden können, findet am 31. Mai 2026 statt. Bis dahin werden sowohl die Befürworter*innen als auch die Gegner*innen kräftig werben. Der Senat startete seine Werbetour am 1. November mit einer Auftaktveranstaltung in der HafenCity-Universität. Rund 100 Besucher*innen nah-

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

men zu Beginn am Gespräch mit Hamburger Olympionik*innen teil und hörten den Vortrag des Leiters der »Vorprojektgruppe« des Senats. Immer wieder ging es dabei um Paris 2024. Die positive Stimmung wurde angeführt, auch die 76 Millionen Euro Gewinn in dem sogenannten Durchführungsbudget. Weggelassen wurde nicht nur die Kritik, sondern auch der Betrag von 6,6 Milliarden (nicht Millionen) Euro an öffentlichen Geldern, die laut französischem Rechnungshof für die Infrastruktur für die Spiele ausgegeben wurden.

10 Olympia-Thesen – und die Antwort der LINKEN

Ebenfalls im Oktober, noch vor dem Münchner Bürgerentscheid und der NDR-Umfrage, fragte das »Hamburger Abendblatt« die Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE nach ihrer Meinung zu zehn Thesen:

1. Deutschland wird in den nächsten 25 Jahren Olympische Spiele ausrichten.
Hoffentlich nicht, jedenfalls nicht mit diesem IOC und seinen Knebelverträgen. Der versprochene Mehrwert Olympischer Spiele für die Austragungsorte zerplatzte bisher immer wie eine Seifenblase.

2. Olympische Spiele sind ein Booster für die ausrichtende Region.
Der französische Rechnungshof stellte im Oktober 2025 fest, dass die wirtschaftlichen Auswirkungen der letztjährigen Olympischen Spiele in Paris »zum jetzigen Zeitpunkt bescheiden« und »kurzfristig relativ begrenzt« waren. Für das Wirtschaftswachstum 2024 schätzt er den Zuwachs auf 0,07 Prozentpunkte des Bruttoinlandproduktes oder 1,9 Milliarden Euro. Ein Booster sieht wirklich anders aus. Und auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sagt, dass die gesamtwirtschaftlichen Effekte Olympischer Spiele begrenzt seien und oft überschätzt würden.

3. Die Olympiabewerbung setzt nachhaltige Entwicklungen in Gang.
Eine nachhaltige Entwicklung wurde von den Hamburger*innen durch den Zukunftsentscheid vorangetrieben. Die angeblich »grünen Spiele« produzieren aber nicht nur durch den Bau von überdimensionierten Sportstätten extrem viel CO2, sondern vor allem auch durch die vielen Flugreisen.

4. Paralympische Spiele beschleunigen den Weg zur Barrierefreiheit.
In der UN-Behindertenrechtskonvention – seit 2009 geltendes Recht in Deutschland – ist die Barrierefreiheit ein wichtiger Baustein. Die beim Thema Barrierefreiheit bestehenden Mängel in Hamburg müssen jetzt behoben werden, wir dürfen sie nicht auf die lange Bank schieben. Hamburg kann und darf nicht auf Paralympische Spiele 2040 oder

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

2044 warten, um die Inklusion von behinderten Menschen weiter voranzutreiben.

5. Besonders der Breitensport profitiert von Olympischen Spielen.

Diesen Irrglauben haben Wissenschaftler*innen schon lange widerlegt: Nach den Spielen in Sydney (2000), Athen (2004) und London (2012) konnte kein positiver Effekt auf den Breitensport festgestellt werden. In Frankreich sollte zur Förderung des Breitensports bis 2030 keine Kürzung erfolgen. Doch bereits in 2025 wurden die Mittel gekürzt, in 2026 ist ein weiteres Minus von fast 18 Prozent vorgesehen. Von Olympischen Spielen profitiert das IOC – alles andere ist Augenwischerei.

6. Hamburgs Chancen auf ein erfolgreiches Referendum sind höher als 2015.

Im Gegenteil. Woher sollen denn die Milliarden Euro kommen, die für den Bau der Sportstätten und den Ablauf der Olympischen Spiele erforderlich sind? Die Hamburger*innen sehen doch jetzt schon, dass überall in der Stadt soziale Einrichtungen und Angebote zusammengekürzt werden oder gleich ganz fehlen. Ein kostengünstiges Senior*innenticket lässt auf sich warten. Die Armutsquote in Hamburg ist unverändert hoch. Die Mieten werden immer weiter erhöht. Die bauliche Infrastruktur bröselt an vielen Ecken. Gleichzeitig sollen allein für die Oper und das Naturkundemuseum im Elbtower im nächsten Jahrzehnt eine Milliarde Euro öffentlicher Gelder ausgegeben werden. Das passt nicht zusammen.

7. Die Durchführung Olympischer Spiele macht Gewinn.

Die Frage ist: Wer heimst die Gewinne ein? Und wer zahlt die Zeche? Die Erfahrungen mit Olympischen Spielen zeigen immer wieder: Bei den Ausrichterstädten bleiben Milliarden Euro Schulden. Es gibt zwei sehr unterschiedliche Olympia-Budgets: eines für die Durchführung der Spiele und eines für die notwendige Infrastruktur. In Paris 2024 gab es im Durchführungsbudget einen Gewinn von rund 76 Millionen Euro. Für die Infrastrukturkosten hingegen wurden laut französischem Rechnungshof circa 6,6 Milliarden Euro öffentlicher Gelder ausgegeben. Ursprünglich veranschlagt waren 2,4 Milliarden.

Gewinne gibt es beim IOC, vor allem durch die weltweiten Übertragungsrechte und die Verträge mit den Top-Sponsoren. Fachleute schätzen, dass das IOC mit den Spielen in Paris fünf Milliarden Euro eingenommen. An die Athlet*innen gehen laut »Global Athlets« maximal 4% der Einnahmen.

8. Berlin hat keine Chance auf den Olympiazuschlag (weil kein Referendum).

In Berlin steht eine Volksinitiative zur Abstimmung, die der dortige Landessportbund im Juli 2025 gestartet hat. Damit wird dem Wunsch des DOSB nach einer Bürger*innenbeteiligung genüge getan – und Berlin bleibt im Rennen.

9. Olympische Spitzensportverbände entscheiden über den Olympiabewerber.

So wird es sein, wenn die DOSB-Regularien nicht geändert werden. Die 16 Landessportbünde im DOSB haben bei »Angelegenheiten in Verbindung mit Olympischen Spielen« kein Stimmrecht (§ 16 DOSB-Satzung).

10. München ist international der beste Kandidat.

Ob das Oktoberfest oder die Reeperbahn international bekannter und anziehender ist, darüber lässt sich trefflich streiten. So oder so ist nicht zu erwarten, dass die Auswahl der Kandidatin nach neutralen und überprüfbaren Kriterien erfolgen wird.

Stadtbildkultur am Wegesrand ist das eine, die Naturschauspiele das andere (Fotos: Michael Joho)

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Neue Bundestierschutzbeauftragte:

Rückschritt beim Tierschutz? Immer noch mehr als in Hamburg

Von Jens Schultz, Referent bei Stephan Jersch

Die Bundesregierung hat mit der Berufung von Silvia Breher zur Beauftragten für Tierschutz eine Entscheidung getroffen, die mehr Schein als Schutz verspricht. Offiziell soll die Stelle den Tierschutz stärken, praktisch wird sie aber so besetzt, dass ihre Unabhängigkeit von vornherein ausgehöhlt ist. Die Ernennung ist kein Fortschritt, sie ist ein Musterbeispiel für die Verflechtung von Politik und Ministerialinteressen, die das Staatsziel »Tierschutz« ins Leere laufen lässt.

Zwei strukturelle Probleme sind dabei zentral. Die neue Beauftragte bekleidet zugleich ein Amt im Landwirtschaftsministerium und ist als Staatssekretärin unmittelbar der Ministeriumsleitung zugeordnet. Dass dieselbe Person, die an der Ressortpolitik mitarbeitet, gleichzeitig »unabhängig« den Tierschutz beraten soll, ist ein Widerspruch. Wie soll eine unabhängige Kontrolle funktionieren, wenn die Kontrollinstanz selbst Teil der Exekutiven ist? Medien und Fachjournalist*innen haben diese Problematik bereits aufgegriffen. Kritische Berichte fragen, wie die Unabhängigkeit als Tierschutzbeauftragte in dieser Konstellation gewährleistet werden kann. Zum anderen ist da die Nähe zur Agrarlobby und politischer Opportunismus. Das Landwirtschaftsressort ist traditionell Schnittstelle zur mächtigen Tierhaltungs- und Agrarwirtschaft. Wer politisch an dieses Ressort gebunden ist, steht unter dem Druck, wirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen, oft auf Kosten von Tierrechten. Eine echte Schutzinstanz müsste außenstehend, rechtlich abgesichert und in ihrer Person unabhängig vom verantwortlichen Ressort sein. Die jetzige

BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG Drucksache **22/17575**
22. Wahlperiode 15.01.25

Antrag

der Abgeordneten Stephan Jersch, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Ivy May Müller, Cansu Özdemir, David Stoop, Heike Sudmann und Insa Tietjen (DIE LINKE)

Betr.: Tierschutz stärken: Hamburg braucht eine/n Tierschutzbeauftragte/n

Hamburg tut sich schwer mit dem Tierschutz. Zwar hat die Stadt einen Tierschutzbeirat, der mindestens dreimal im Jahr tagt – jedoch nicht öffentlich. Die Ergebnisse der Tagungen des Tierschutzbeirates werden einmal in der Wahlperiode auf einem DIN-A4-Blatt zusammengefasst und veröffentlicht. Die Aufgabe des Beirates ist es, bei aktuellen Themen des Tierschutzes auf Bundes- und Landesebene zu beraten. Aus dem Beirat heraus nimmt auch eine Vertretung an dem jährlichen Treffen der Tierschutzbeiräte der Länder teil. Insgesamt besteht der Beirat aus sechs Mitgliedern. Diese werden aufgrund von Vorschlägen verschiedener Tierschutz- und Naturschutzorganisationen für die Dauer der Wahlperiode der Hamburger Bürgerschaft bestellt. In der aktuellen Wahlperiode wird der Tierschutzbeirat mit je einer Vertretung durch den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. (HTV), VIER PFOTEN – Stiftung für Tierschutz, der Bund gegen Missbrauch der Tiere e.V., TERRA MATER e.V. Umwelt- und Tierhilfe sowie der Tierärzte- und der Landwirtschaftskammer gebildet.

Im Unterschied zu anderen Bundesländern hat Hamburg jedoch keine Stelle für eine Landestierschutzbeauftragte beziehungsweise einen Landestierschutzbeauftragten. Immerhin neun der 16 Bundesländer haben eine solche Stelle teilweise schon vor Jahren geschaffen. Das sind die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Die Tierschutzbeauftragten beraten die jeweiligen Landesverwaltung sowie die Landespolitik und sind darüber hinaus auch für Fragen aus der Bevölkerung ansprechbar. In anderen Ländern wie Bayern fordern die GRÜNEN ebenfalls eine entsprechende Stelle. Hamburg kann hier zwar keine Vorreiterrolle mehr einnehmen, sollte aber nicht das Schlusslicht in dieser Angelegenheit werden und eine entsprechende Stelle als Ergänzung zum Tierschutzbeirat einführen.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert:

1. der Senat schafft die Stelle eines/einer Tierschutzbeauftragten in der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz in Form einer eigenen fachlich und politisch unabhängigen Organisationseinheit. Die Aufgaben dieser Stelle sind unter anderem:
   a. die Mitwirkung an der Einhaltung tier- und artenschutzrechtlicher Bestimmungen der Freien und Hansestadt Hamburg,
   b. Beratung des Senats in allen Fragen des Tierschutzes und Einbringung von eigenen Initiativen für den Tierschutz,
   c. Ansprechbarkeit zu Fragen und Angelegenheiten des Tierschutzes durch die Bevölkerung und der Tierschutzverbände in Hamburg,
   d. Erstellung eines jährlichen Tätigkeitsberichts und

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Lösung läuft Gefahr, Tierschutzthemen zu verwässern, statt sie zu verteidigen und auszubauen.

Das sehen auch Tierschutzorganisationen so. Der Deutsche Tierschutzbund betont, die Beauftragte müsse unabhängig beraten. Die jetzige Konstellation untergrabe genau dieses Kernprinzip und stelle die Unabhängigkeit ad absurdum. Auch VIER PFOTEN und andere Tierschutzakteure äußern Unmut und fordern eine klare politische Entscheidung zugunsten echter, unabhängiger Tierschutzpolitik und nicht bloß symbolischer Besetzungen, die den Status quo sichern.

Eine Mindestforderung der LINKEN ist die institutionelle Unabhängigkeit. Die Beauftragtenstelle muss aus dem unmittelbaren Einfluss des zuständigen Ministeriums herausgelöst werden. Und das mit einem selbstverwalteten Budget, eigenem Prüf- und Initiativrecht sowie einer festen Amtszeit, die nicht per Weisung gekappt werden kann. Außerdem bedarf es eines transparenten Auswahlverfahrens, das durch Öffentlichkeit und einem nachvollziehbaren Verfahren mit Beteiligung zivilgesellschaftlicher Tierschutzexpert*innen gekennzeichnet ist und nicht durch Hinterzimmerpolitik. Die Beauftragte braucht ein Beschwerderecht, ein Initiativrecht für Gesetzesänderungen und Zugang zu Prüfungen und Inspektionen, nicht nur die Rolle »beratend« und repräsentativ. Alle Kontakte zur Agrar- und Fleischwirtschaft müssen offengelegt werden. Langjährige Verbindungen zwischen Amtspersonen und Industrie müssen bei der Eignungsprüfung streng bewertet werden.

Und wie ist die Situation in Hamburg? Immerhin neun der 16 Bundesländer haben eine Stelle für den bzw. die Landestierschutzbeauftragte/n teilweise schon vor Jahren geschaffen. Das sind die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Hamburg hat jedoch noch keine Stelle eingerichtet. Die Stadt kann hier zwar keine Vorreiterrolle mehr einnehmen, sollte aber nicht das Schlusslicht in dieser Angelegenheit werden und eine entsprechende Stelle als Ergänzung zum Tierschutzbeirat einführen.

Die Initiativen der Linksfraktion zur Begründung einer solchen Stelle fanden bisher keine Mehrheit in der Bürgerschaft. Im Sommer diesen Jahres wurde die Drucksache 22/17757 (»Tierschutz stärken: Hamburg braucht eine/n Tierschutzbeauftragte/n«, Antrag DIE LINKE) in den Fachausschuss für Justiz und Verbraucherschutz überwiesen und bisher noch nicht debattiert. Sicher ist: Wir werden dieses wichtige Thema in Sinne des Tierschutzes weiterhin bewegen.

Wo begegnet jemandem sonst so viel aufmunterndes, ja, forderndes Entgegenkommen?

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Pferdepension in Rissen:

Wie viel Landwirtschaft steckt da drin? Der Senat weiß oder sagt es nicht

Von Jens Schultz

Im Juli 2023 musste ein landwirtschaftlicher Milchbetrieb in Rissen seinen Hof bzw. Teile von Pachtflächen räumen, auf den bis dahin rund ein Drittel der Milchviehhaltung in der Stadt entfiel. Mit Zustimmung der Freien und Hansestadt Hamburg wurde der Hof von einem Investor erworben, der auf diesem Gelände eine Pferdepension errichten will. Hier stellt sich eine grundsätzliche Frage: Ist der Betrieb einer solchen Pferdepension gleichzusetzen mit einem landwirtschaftlichen Betrieb, der Lebensmittel produziert?

Der Senat hält nun daran fest, dass die Pferdepension gleichzusetzen ist mit einem landwirtschaftlichen Betrieb, der Lebensmittel für die Menschen herstellt. *»Es obliegt der betriebsleitenden Person, ein landwirtschaftliches Unternehmen auf spezielle Betriebszweige auszurichten, die ein nachhaltiges Einkommen gewährleisten«*, so antwortet der Senat auf eine Schriftliche Kleine Anfrage, die Stephan Jersch zum Thema eingereicht hat. Auch spricht der Senat von der *»geschützten unternehmerischen Freiheit«*.

Der Senat beantwortet relevante Fragen mit dem Hinweis auf das Datenschutzrecht zur Wahrung der Persönlichkeitsrechte Dritter oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse nicht. So bleibt unklar, ob die Pferdepension inzwischen 50 Prozent der benötigten Futtermittel selbst produzieren könnte, um als landwirtschaftlicher Betrieb zu gelten: *»Dazu liegen der zuständigen Behörde keine aktuellen Erkenntnisse vor«,* heißt es in der Senatsantwort. Die Frage, ob der Senat den Businessplan des Investors der Pferdepension heute noch für valide hält, entgegnet der Senat in seiner Antwort, dass diese Frage *»abschließend beurteilt sei«* und ein Monitoring *»gesetzlich nicht vorgesehen«* ist. Auch zur wichtigen Frage der Verpachtung weiterer Flächen an die Pferdepension legt der Senat keine Antwort vor.

Wir als LINKE bewerten diesen Fall deutlich anders als der Senat. Für uns muss die Sicherung von landwirtschaftlichen Betrieben, die Lebensmittel für die Menschen produzieren und zur regionalen Versorgungssicherheit beitragen, Vorrang haben vor dem Betrieb von Pferdepensionen. Wir erwarten vom Senat, dass landwirtschaftliche Betriebe, die Lebensmittel produzieren, in Zukunft deutlich besser geschützt werden. Dazu haben wir im Jahr 2023 einen Antrag zu einem Grundstücksverkehrsgesetz in die Hamburgische Bürgerschaft eingebracht, zu dem der ehemals zuständige Staatsrat in einer Ausschusssitzung sagte, dass der Senat an diesem Thema arbeite, ohne jedoch ein konkretes Datum für die Erstellung eines solchen Gesetzes zu nennen. Es wird also Zeit, dass die Stadt hier vorankommt.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Tipps und Termine

Rheinmetall ist zurzeit der ganz große Profiteur der Aufrüstungslawine in diesem Land. Die Gewinne und die Ausschüttungen an die Aktionäre gehen durch die Decke, 's ist halt Krieg, da muss halt jemand seinen Nutzen draus ziehen. Die börsennotierte Rüstungsfirma Rheinmetall hat ihren Sitz zwar in Düsseldorf, ist aber infolge der jüngsten Entwicklungen stark am Expandieren. Erst vor Kurzem hat sie die komplette Marinesparte der Bremer Lürssen-Gruppe u.a. mit zwei Werften in Hamburg übernommen. Wer das Kriegsgeschäft von Rheinmetall verfolgen will, schaut gerne mal in das Neue Deutschland online vom 22. September und den darin vorgestellten Rheinmetall-Online-Atlas **Orte der Aufrüstung. Wir mappen die Militarisierung** einer Anti-Kriegs-Initiative (s. Grafik unten).

Die Stadtbahn hat wieder Chancen, titelte die »Taz« online am 19. Oktober, genau eine Woche, nachdem im Volks- bzw. Zukunftsentscheid 304.063 Hamburger*innen dem vorgelegten **Klimaschutzverbesserungsgesetz** zugestimmt hatten, eine Mehrheit von **53,2 Prozent**. Nun müssen also alle Klimaziele nicht erst bis 2045, sondern bereits bis 2040 realisiert werden. Die Mehrheit der Bevölkerung jubelt, die SPD ist sauer, die GRÜNEN haben jetzt in der Stadtgesellschaft die Chance, Punkte beim teilweise verloren gegangenen Vertrauen wiedergutzumachen.

Nützlich dürfte für die weitere Debatte ein im Auftrag der Umweltbehörde entstandenes 50-seitiges Gutachten **des Öko-Instituts e.V. und des Hamburg-Instituts** sein. Es ist zwar schon am **9. September fertiggestellt** worden, liefert aber verschiedene Maßnahmen und Instrumente für eine **Klimaneutralität bis 2040**. Als Befürworter*innen des Zukunftsentscheids bleibt es unsere Aufgabe, immer wieder auf dessen zentrale Inhalte zu verweisen: auf fairen Klimaschutz, der für alle bezahlbar ist; auf jährliche Etappenziele, um eine überprüfbare Transparenz und Planbarkeit herzustellen; und natürlich auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2040.

Die Zustimmung zum Klimaschutzverbesserungsgesetz haben vor allem die citynäheren Stadtteile entschieden – aus einer der Grafiken des Statistikamtes.

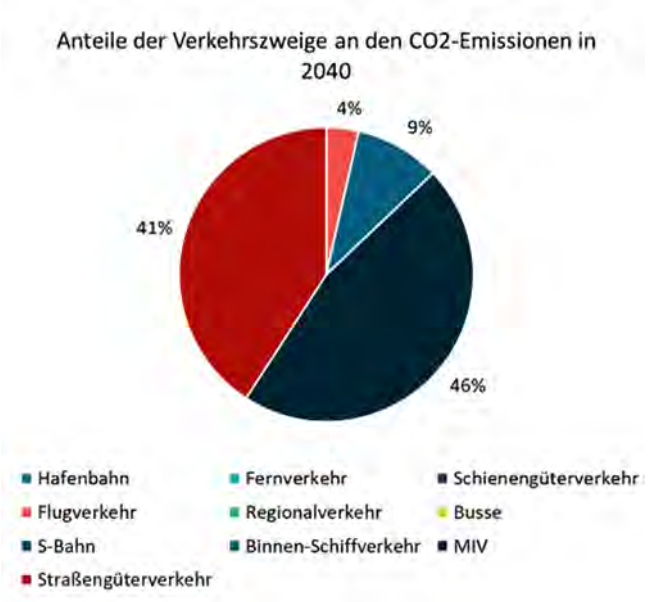
Am 21. Oktober stellte die **Stadtentwicklungsbehörde** ihren neuen Stadt-Umland-Atlas vor, und den begründet sie so: »Hamburg wächst – und mit der Stadt auch die Herausforderungen: bezahlbarer Wohnraum, klimafreundliche Mobilität, der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen und das Miteinander in einer vielfältigen Metropole. Um gute Lösungen zu finden, braucht es ein gemeinsames Verständnis des Raums – über Verwaltungsgrenzen hinaus. Der **Stadt-Umland-Atlas** liefert dafür eine sachliche Grundlage: Beschreibend, ohne zu bewerten – und lädt zum Mitdenken ein«. Klingt doch interessant. Und tatsächlich ist das durchaus anschaulich gelieferte Material enorm: **Rund 300 Karten und**

Rheinmetall: Die Aktie (in EUR)

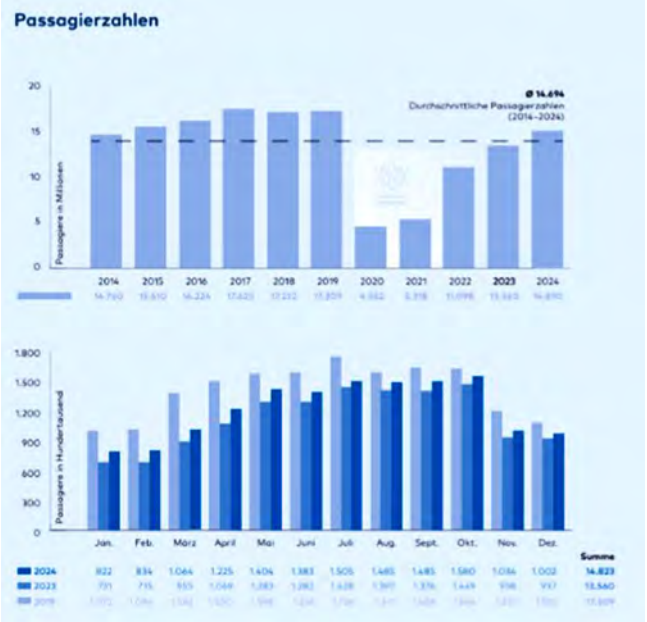
	2024	2023	2022	2021	2020	2019	2018
☑ Gewinn je Aktie (berichtet)	16,51	12,32	10,82	6,72	-0,62	7,77	7,10
☐ Gewinn je Aktie (unverwässert, nach Steuern)	16,51	12,32	10,82	6,72	-0,63	7,78	7,10
☐ Gewinn je Aktie (verwässert, nach Steuern)	15,97	12,06	10,82	6,72	-0,63	7,78	7,10
☑ Dividende je Aktie	8,10	5,70	4,30	3,30	2,00	2,40	2,10
☐ Veränderung Dividende je Aktie in %	42,11	32,56	30,30	65,00	-16,67	14,29	23,53
☐ Gesamtdividendenausschüttung in Mio.	248,00	187,00	143,00	87,00	104,00	90,00	73,00

Von einer Experten-Website

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg



Das Beispiel CO_2-Emissionen im Verkehr – aus dem o.a. Gutachten der beiden Institute



Aus dem Fluglärmbericht für das Jahr 2024, S. 22.

Abbildungen aus mehr als 150 Datensätzen werden geliefert, in den vergangenen zwei Jahren zusammengetragen von etwa 100 Fachleuten. Das dicke, **256-seitige Teil** kann zum Preis von 44,- Euro erworben oder kostenfrei im Netz downgeloadet werden.

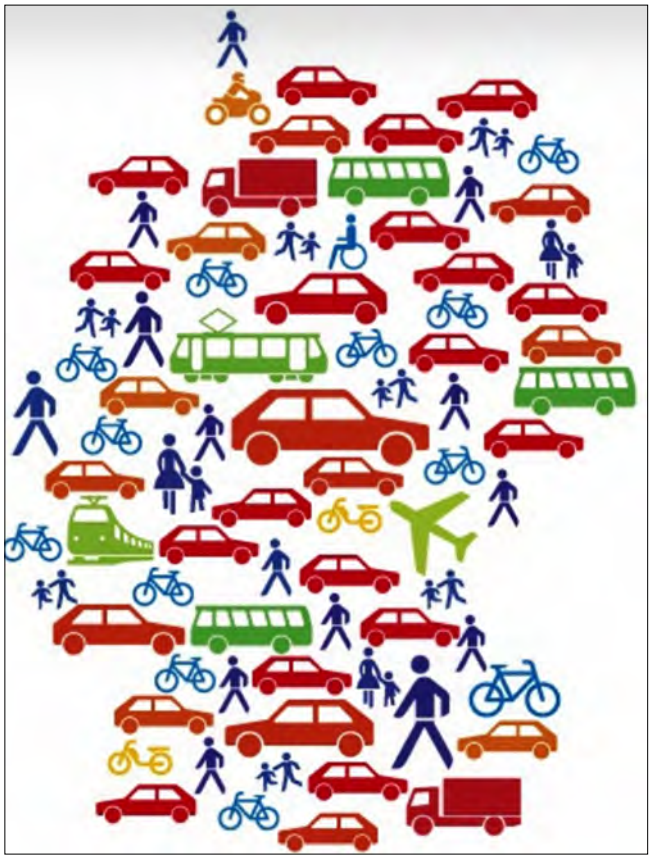
Begleitet wird die Herausgabe dieses gigantischen Stadt-Umwelt-Atlas‘ durch eine **Ausstellung** im Auswanderermuseum BallinStadt (Veddeler Bogen 2). Ihr Titel: **Schau Hamburg in die Karten**. Noch **bis zum 30. November** können dort täglich bis 18.00 Uhr über 300 großformatige Karten und Abbildungen aus dem Atlas angeschaut werden. Sie sollen die enge Verbindung Hamburgs mit seinem Umland veranschaulichen, auch als Einstieg in die Debatte um ein neues Leitbild der Stadt bis zum Jahre 2050. Ergänzt wird die Schau durch Stadtfotografien von Philip Heckhausen.

Das Programm zur Ausstellung gibt es hier.

Mitte November hat die **Allianz für den Fluglärmschutz** ihren am 27. Oktober fertiggestellten **Jahresbericht 2024** vorgelegt. Die Allianz, so die Selbstbeschreibung, »ist ein Dialogforum, in dem sich Fluglärmbetroffene, Flughafen, Luftverkehrswirtschaft, Wirtschaft der Metropolregion, Politik und Verwaltung über die Möglichkeiten zur Verringerung der luftverkehrsbedingten Belastungen durch den Betrieb am Hamburger Flughafen austauschen.« Hauptergebnis der 127-seitigen Untersuchung ist, dass die **»Nachfrage nach Flugreisen« auf dem Hamburg Airport im vergangenen Jahr erneut gestiegen** ist, nämlich auf 14,83 Millionen Passagiere (S. 3). Dadurch hat es auch eine Ausweitung der nächtlich verspäteten (und eigentlich zu verhindernden) Starts und Landungen gegeben, auf 987 (2023: 809) alleine im Zeitraum 23.00 bis 24.00 Uhr. Von Mai bis Oktober »übertrafen die Zahlen der verspäteten Flüge auch die Werte von 2018, dem Jahr mit den Bislang meisten nächtlich verspäteten Starts und Landungen«. Der Bericht wird in den kommenden Tagen sicher ins Netz eingestellt.

Ebensowenig klimarettend wie die Zunahme der Flugpassagiere ist die stetige **Erhöhung der Fahrpreise durch den Hamburger Verkehrsverbund (HVV)**, von der Verteuerung des Deutschlandtickets (2023: 49 Euro, 2025: 58 Euro, 2026: 63 Euro) mal ganz abgesehen. Die Fahrpreise in Hamburg werden **ab dem 1. Januar 2026** erneut spürbar angehoben, dieses Mal um **5,4%**, das Doppelte der gegenwärtigen Inflationsrate, wie Heike Sudmann in ihrer Presseerklärung vom 28. Oktober mitteilte. »Das ist ein völlig falsches Signal!«

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg



Links die Broschüre von Fuss e.V., daneben das Logo »Mobilität in Deutschland« des Ministeriums

Fuss e.V. hat im Oktober eine neue, wichtige **Broschüre zum Thema Zebrastreifen** vorgelegt. »Aktueller Anlass«, so Deutschlands vielleicht wichtigste Lobby für den Fußverkehr, »sind reformierte Planungsvorschriften, dank denen Zebrastreifen häufiger und leichter geschaffen werden können als bisher. Verkehrsbehörden müssen nicht mehr vorher den Fuß- und Fahrverkehr zählen oder eine besondere Gefahr nachweisen. Und sie können jetzt an jedem Zebrastreifen ein sicheres Tempolimit von 30 Stundenkilometern festlegen.« Für den Kampf um die oft vernachlässigten Rechte und Forderungen der Fußgänger*innen gehört die Information, dass **laut Großstudie »Mobilität in Deutschland«** mit Stand von Ende März 2025 der Anteil des Fußverkehrs stärker als alle anderen Verkehrsarten wächst. **Wurden vor acht Jahren noch 22 Prozent aller Wege in Deutschland komplett zu Fuß bewältigt, sind es im Jahre 2023 satte 26 Prozent gewesen**. Hier gibt es die 42-seitige Broschüre von Fuss e.V.

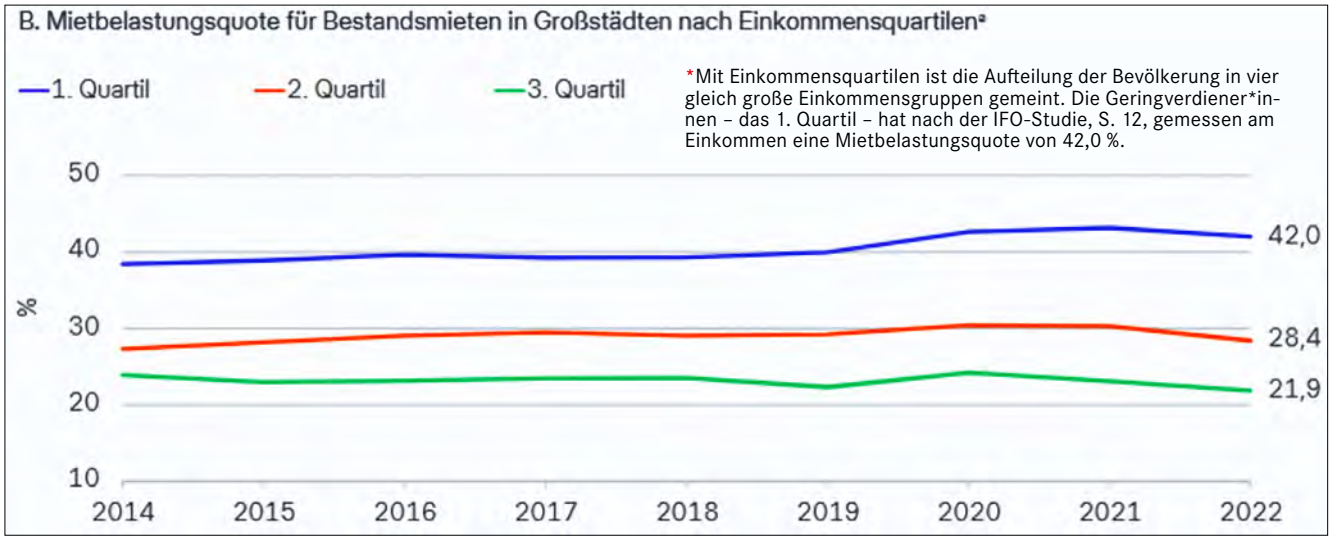
Bedrückend ist ein **Unfall-Ranking des Unfallversicherers Allianz-Direct** vom November 2025. Manchmal ist es doch erstaunlich, was da in diesem Land alles so berechnet und platziert wird, wie eben im Fall der unfallträchtigsten Straßen in Deutschland. Und wenn Rankings

	Straße : PLZ : Stadt				
1a	Hanauer Landstraße : 60314 Frankfurt am Main	0	47	12	59
1b	Kieler Straße : 22525 Hamburg	0	55	4	59
1c	Vahrenwalder Straße : 30165 Hannover	0	57	2	59
4	Trierer Straße : 52078 Aachen	1	53	4	58
5	Hammer Straße : 48153 Münster	0	52	5	57
6	Cuxhavener Straße : 21149 Hamburg	1	50	5	56

Aus der aufschlussreichen Verkehrsunfallstatistik der Allianz für 2024.

meist dazu genutzt werden, den Schönsten, die Größte oder sonst einen mehr oder weniger positiven Superlativ hervorzuheben, ist es bei diesem Ranking eher ein Armutszeugnis. Und so kann sich Hamburg »rühmen«, unter den zehn gefährlichsten Straßen Deutschlands für 2024 gleich zwei aufgelistet zu sehen: **Die Kieler Straße mit 59 und die Cuxhavener Straße mit 56 Unfällen**.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg



Während der Senat, die Wohnungswirtschaft und andere Gruppierungen – allen voran ausgerechnet der Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen (VNW) – über den **siegreichen Zukunftsentscheid** jammert und **dramatische Mietpreiserhöhungen prognostiziert**, stellt sich das Janze, bei Lichte betrachtet, doch etwas anders dar. Klar, Klimaschutz kostet Geld, das sollte und dürfte inzwischen jede*r verstanden haben. Aber **Christoph Twickel** hat in einem Beitrag für »Die Zeit« Ende Oktober nachgewiesen, dass die bayerische Landeshauptstadt **München anders mit der Problematik umgeht und dort also keine exorbitanten Mieterhöhungen erwartet werden**. Guckst du hier. Auch **Jonas Fabricius-Füllner** hatte sich für »Hinz&Kunzt« schon vor dem Volksentscheid kritisch mit dem Vorwurf des VNW auseinandergesetzt, dass die Mieten um 3 oder gar 4 Euro pro Quadratmeter steigen würden, wenn die Klimaziele bereits bis 2040 erreicht werden müssen. Er kommt zu anderen Ergebnissen und erinnert nicht zuletzt daran, dass die Heizkosten nach einer vernünftigen energetischen Sanierung um bis zu 30 Prozent reduziert werden könnten.

Im letzten Bürger*innenbrief hatten wir schon darüber berichtet, dass die akute Wohnungsnot laut Einschätzung des Pestel-Instituts immer stärker auch zum Problem für die deutsche Wirtschaft wird – sie findet immer weniger Mitarbeiter*innen, die sich die örtlichen Mieten erlauben können (Merkur online vom 7.10.2025). Und nun haut noch das **Institut für Wirtschaftsforschung (IFO)** in dieselbe Kerbe. Das Autorenteam um Prof. Oliver Falck konstatiert in einer jüngst erschienenen Untersuchung: »Wenn Wohnraummangel verhindert, dass Menschen Jobs in den Städten annehmen, wird er selbst zum Wachstumshindernis.« Der 14-seitige Aufsatz trägt den Titel **Mieten – Wachstumshemmnis und sozialer Sprengstoff in Großstädten?** Und wie dramatisch die Entwicklung ist, schlägt sich laut dieser Analyse einmal mehr in der Mietpreisexplosion vorrangig in den Ballungsräumen nieder: »Auch innerhalb der Großstädte fallen Niveau und Dynamik sehr unterschiedlich aus. In Berlin verdoppelten sich die Angebotsmieten von 7,97 Euro/m^2 im Jahr **2013** auf 16,56 Euro/m^2 im Jahr **2025** (+108 %). In München stiegen sie von 13,44 auf 22,28 Euro/m^2 (+66%), in Köln von 9,16 auf 15,14 Euro/m^2 (+ 65%). **Hamburg, Frankfurt am Main, Stuttgart und Düsseldorf verzeichneten Zuwächse zwischen 55 und 60 %: in Hamburg von 10,56 auf 16,37 Euro/m^2**, in Frankfurt von 11,23 auf 17,65 Euro/m^2, in Stuttgart von 10,17 auf 15,91 Euro/m^2 und in Düsseldorf von 9,22 auf 14,78 Euro/m^2. Lesenswert zu dieser Problematik ist ein Artikel im »Neuen Deutschland« online vom 16. Oktober (s. die obige Grafik).

Um **Bezahlbares Wohnen** ging es auch auf einer **Tagung der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung (HBS) und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am 3. November**. Im Fokus standen dabei **Wege zu einer sozial gerechten Wohnungspolitik**. Besonders interessant an dieser Zusammenkunft ist, dass sie eben auch von der FES – immerhin dem Thinktank der SPD – mit organisiert worden war. Und entgegen der vor allem von Olaf Scholz ein Jahrzehnt lang gebetsmühlenartig propagierten Parole »bauen, bauen, bauen«, kommt u.a. Lisa Pfann (FES) zu einer etwas anderen Erkenntnis: »**Der Neubau allein wird es nicht richten (können).** Wenn es um bezahlbares Wohnen für Mieter*innen geht, dann steht vor allem auch der Wohnungsbestand im Fokus.« All das ist nachzulesen im kurzen Auswertungsbericht der Veranstaltung.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Am 6. November hat der **Deutsche Mieterbund** (DMB) seinen diesjährigen **Mietenreport 2025** vorgelegt. Keine Überraschung, was sich da – ungebremst von der Regierungs- und Senatspolitik – abspielt: Hamburg mit seiner Mietquote von 79,7 Prozent gehört zu den Metropolen, in denen die Haushalte am stärksten mit hohen Wohnkosten konfrontiert sind. **Rolf Bosse**, der Vorsitzende des hiesigen DMB-Mietervereins zu Hamburg, in seiner Pressemitteilung vom 6. November: »Der Mietenreport bestätigt, was wir bereits befürchtet haben: Die Wohnungskrise hat die Mitte der Gesellschaft erreicht«.

Den 32-seitigen Mietenreport gibt's hier.

Sand in die Mühlen der sozialdemokratisch dominierten und zu nimmer weiteren Mieterhöhungen führenden Wohnungspolitik à la »Bauen, bauen, bauen« wirft die **europäische Bürger*inneninitiative HouseEurope!** Zurzeit sammelt sie eine Million Unterschriften gegen den Wahnwitz, in Europa in jeder Minute ein Gebäude zu zerstören und ressourcenvernichtend neu zu bauen. »Wir wollen diese Zerstörung stoppen und **Renovierung zur neuen Norm machen** – denn der Abriss bestehender Gebäude ist von gestern, genauso wie Lebensmittelverschwendung, Tierversuche, Fast Fashion und Einwegplastik«, so HouseEurope! Die Forderungen der Initiative ranken sich um vier Säulen: Steuerreduzierungen, faire Bewertungskriterien, ganzheitliche Betrachtungen und Förderprogramme.

Die Anstalt hat sich in den vergangenen Jahren zu **dem inhaltlich wohl tiefschürfendsten, kritischen Satiremagazin** entwickelt. Der jeweils in einer Sendung bearbeitete Themenschwerpunkt greift einen aktuellen gesellschaftlichen Diskurs auf und belegt sämtliche, oft überraschenden Thesen und Daten mit breitem Hintergrundmaterial – abrufbar über die angegebene Webverbindung. Die neueste Ausgabe mit dem Titel **Die Abrissanstalt** wurde im ZDF am 11. November ausgestrahlt. In der absolut sehenswerten 48-minütigen Sendung präsentieren Maike Kühl, Max Uthoff, Gisa Flake und Timo Wopp einen **satirischen Abriss des deutschen Wohnungsmarktes**. Wohnungsbauturbo, Mietpreise, Drittel-Mix, Wohngeld – alles wird höchst unterhaltsam durch den Kakao gezogen.

Foto der jüngsten »Anstalt« vom eigenen Bildschirm

Aber, Hand aufs Herz, das **ZDF Magazin Royale** mit Jan Böhmermann hats auch oft in sich, war er es doch, der vor einiger Zeit z.B. aufgedeckt hat, dass gleich mehrere Firmen ihren quasi steuerfreien Sitz in einem Forsthaus derer von Bismarck im Sachsenwald haben. Böhmermann blieb dran und präsentierte in seiner letzten, halbstündigen Satireshow am 14. November allerlei weitere Steueroasen, nicht etwa auf den Kaimaninseln, sondern mitten in Deutschland (). Grundlage für die bisweilen komisch anmutenden – sagen wir – Steuerersparniswege mehr oder weniger großer Unternehmen sind monatelange Recherchen des Magazins und von FragdenStaat. Das Ergebnis der digitalen Entdeckungsreise durch Deutschland ist nun einerseits die aktuelle Sendung wie auch andererseits eine **interaktive** Karte **mit dem Verzeichnis von bisher 37 gemeindlichen Steueroasen**. Darunter beispielsweise die Deutsche Bank, die sich in der Feuerwache eines 200-Seelen-Dorfes in der ostdeutschen Provinz eingemietet hat.

In seiner jüngsten, erst kürzlich erschienenen Studie im Auftrag des Bundesverbandes Deutscher Baustoff-Fachhandel teilt das renommierte **Pestel-Institut** mit, dass **in Hamburg 25.900 Wohneinheiten fehlen**. Dem stehen **rund 6.950 leer stehende Wohneinheiten und lediglich 4.116 genehmigten Neubauwohnungen bis Ende September** gegenüber. Die »Hamburger Morgenpost« online vom 7. November berichtet über diese wenig erbaulichen Zahlen. Für die Verbandsvorsitzende Katharina Metzger belegen sie einen »Wohnungsbau-Turbo, der nie gezündet hat«. Die neue Pestel-Studie ist beim Auftraggeber bis zum BB-Redaktionsschluss noch nicht eingestellt worden, ein Blick auf dessen Homepage lohnt trotzdem.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

freihaus-nr-29-erschienen-im-jubilaeumsjahr-als-doppelausgabe/

freihaus-nr-30-erschienen-im-jubilaeumsjahr-als-doppelausgabe/

40 Jahre alternative Baubetreuung durch »Stattbau Hamburg« sind wahrlich ein Feiergrund. Und so hat der Stadterneuerer anlässlich seines Jubiläums **gleich zwei Nummern seines ansonsten jährlich erscheinenden Organs »Freihaus«** am 4. November herausgegeben. Das Info für gemeinschaftliches und selbstbestimmtes Wohnen ist mehr als des Blätterns wert, die nunmehr 30 Ausgaben haben immer wieder wesentliche Impulse für stadtentwicklungspolitische Debatten in Hamburg gesetzt. Dicke Gratulation vom Bürger*innenbrief-Team, das sich gerne mal im Freihaus bedient!

Die Verdopplung der Mitgliederzahl hält DIE LINKE in Atem. In Hamburg, und sicher nicht nur dort, reagiert die Partei mit einer **Bildungs- und Aktivierungskampagne**. Nehmen wir nur das tatsächlich so titulierte Bildungsprogramm **Aufbauheld*innen**. Bisher ging es, klar, um Karl Marx, Organizingmodelle und etliche weitere Themen; bis zu den Feiertagen am Jahresende stehen noch zwei Online-Veranstaltungen an, einmal am **Donnerstag, den 20. November**, 19.00 Uhr, zur politischen Planung im Kreisverband, zum anderen am **Donnerstag, den 12. Dezember**, ebenfalls um 19.00 Uhr, zum Erkennen und Bearbeiten von Konflikten. Mehr dazu hier.

Über die Hamburger LINKE informieren allerlei regelmäßige Eigengewächse, wie z.B. die **Backbord**, die Zeitung der Linksfraktion in der Bürgerschaft. Die Herbst/Winter-Ausgabe dreht sich vor allem um Gewalt gegen Frauen und wie wir sie stoppen. Aber auch in den sieben Bezirksorganisationen und -fraktionen der Hamburger LINKEN tut sich da einiges. Nehmen wir nur mal den **Altonaer Rundblick** der dortigen Bezirksfraktion,

Erneute Veranstaltungsbewerbung in Hamburg (Foto: M. Joho)

zuletzt erschienen im Sommer 2025, aber mit Berichten zu allerlei kommunalen Auseinandersetzungen. Jüngst erschienen ist eine neue Ausgabe des monatlichen, vielschichtig informativen Newsletters der Bezirksfraktion Eimsbüttel mit dem Titel **Die Linkskurve**. Wer mehr Infos über die Hamburger LINKE haben oder beziehen möchte, hier habt Ihr einige Anregungen.

Erneut ist **Anne Brorohilker** auf Einladung der **Linksfraktion** in Hamburg. Wir erinnern uns: Die Juristin war Oberstaatsanwältin bei der Staatsanwaltschaft Köln und **leitend an den Ermittlungen zum Cum-Ex-Steuerbetrug beteiligt**. Ihre wachsenden Zweifel am Aufklärungswillen führte zur Entlassung aus dem Beamtenverhältnis. Seit 2024 ist sie als Co-Geschäftsführerin der **Bürgerbewegung Finanzwende** engagiert. Und am **Donnerstag, den 20. November**, berichtet sie ab 18.00 Uhr im Rathaus über ihre Erfahrungen als **CumEx-Jägerin**. Zur Zeit ist Brorhilker vor allem dafür unterwegs, die Bundesregierung davon abzuhalten, die Aufbewahrungsfristen für Dokumente aus den CumCum-Geschäften zu verkürzen. So wie es im Moment scheint, konnte dieses Unterfangen durch massive Proteste bundesweit gestoppt werden. Zum aktuellen Stand siehe hier.

Die GRÜNEN-Nahe **Heinrich-Böll-Stiftung** lädt ein zu einer Online-Diskussionsveranstaltung am **Donnerstag, den 20. November**, um 18.00 Uhr ein. Thema der anderthalbstündigen Debatte: **Das Prinzip Schwammstadt und Blau-Grüne Infrastrukturen – wie unsere Städte klüger mit Wasser umgehen können**. Teilnehmende sind Sabine Sommer (BUND Hamburg), Stefan Kreutz (HafenCity Universität), Sonja Schlipf (RISA Hamburg) sowie als Moderatorin Petra Zivkovic (Böll-Stiftung). Um Anmeldung per E-Mail wird gebeten.

Das bundesweite **Netzwerk Mieten & Wohnen** lädt ein zu zwei Onlineveranstaltungen. Am **Donnerstag, den 20. November**, 19.00 Uhr, geht es um die »Begleitung der Arbeit der Expertenkommission zur Verbesserung des Mietrechts (Anmeldung unter raabe@jrr-berlin.de). Neben dieser Eigenveranstaltung wirbt das Netzwerk auch um Beteiligung an einer weiteren Online-Debatte am **Donnerstag, den 27. November**, ebenfalls 19.00 Uhr, bei der es **Republikanischen Anwält*innenverein und dem Berliner Mieterverein** um die Frage geht, **wie die Wohnungswirtschaft die Deregulierung der Mieten plant** (Anmeldung unter schulte@berliner-mieterverein.de).

Gegen Feminizide und geschlechtsbasierte Gewalt, so ist ein großer **Kongress** überschrieben, der **vom 21. bis 23. November** in den Räumlichkeiten der Universität Hamburg in Eimsbüttel und der Werkstatt (W) 3 in Altona stattfindet. Hintergrund für diese Veranstaltung ist die alarmierende Zunahme von Morden an und Gewalt gegen Frauen – alleine in 2023 sind in Deutschland 938 Mädchen und Frauen Opfer von versuchten oder vollendeten Tötungsdelikten gewesen. »Mit diesem Kongress wollen wir«, die veranstaltenden Organisationen von der Luxemburg- über die Böll-Stiftung, den AStA der Uni Hamburg, die W3 und der Verein für politische Bildung, Analyse und Kritik e.V. – »ein klares Zeichen setzen: (Tödliche) Gewalt muss endlich enden. Wir schauen

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

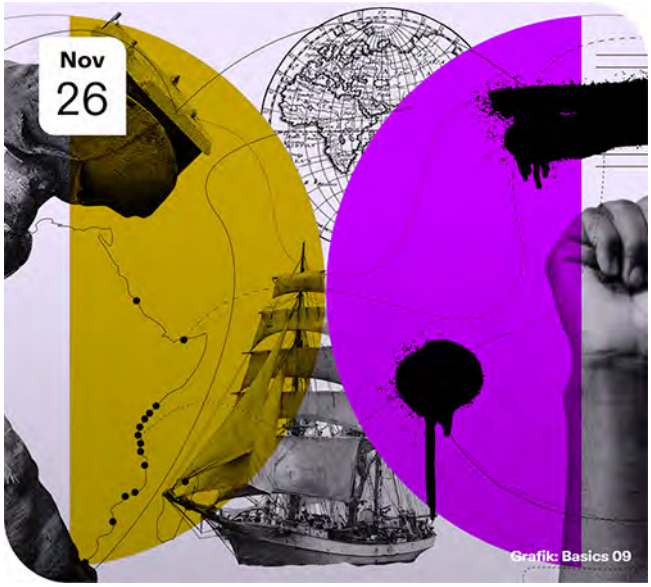
nicht weg, sondern stehen – als direkt oder indirekt Betroffene des patriarchalen Systems und als Unterstützer*innen – solidarisch an der Seite der Betroffenen und möchten gemeinsam zum Aktivwerden auffordern und motivieren«.

Von der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung Hamburg mit Angaben zum 23-seitigen Programm und zur Anmeldung.

Jeder fünfte Mensch in Hamburg ist von Armut betroffen. Das heißt konkret, dass mehr als 350.000 Menschen weniger als 1.329 Euro monatlich zur Verfügung stehen. Wie schlecht es einem besonders dramatisch betroffenen Teil von ihnen – den **Obdachlosen** – geht, das sollte eigentlich eine von der Sozialbehörde durchgeführte Befragung ergeben. Mehr als 20 Monate hat sie gebraucht, bis am 5. November endlich die bedrückenden, aber angesichts des täglichen Elends in den besonders frequentieren Vierteln keineswegs überraschenden Ergebnisse publiziert wurden. Selbst die Sozialbehörde stellt fest: **Der Gesundheitszustand der Betroffenen hat sich gegenüber früheren Jahren verschlechtert**. Hier einige Kernaussagen: »Im Rahmen der Gesundheitsbefragung wurden 300 Fragebögen obdachloser Menschen ausgewertet. Rund 26 Prozent der Befragten bewerteten ihre Gesundheit dabei als »gut« oder »sehr gut«. Mehr als die Hälfte schätzte sie als »weniger gut« oder »schlecht« ein – ein Anstieg im Vergleich zu früheren Erhebungen. 41 Prozent der Befragten gaben an, psychische oder Suchterkrankungen zu haben, weitere 16 Prozent erklärten, zusätzlich an körperlichen Erkrankungen zu leiden. Obwohl 68 Prozent der Befragten über dauerhafte gesundheitliche Beeinträchtigungen berichteten, gaben nur 32 Prozent an, Unterstützung zu benötigen – ein Hinweis auf eine eingeschränkte Krankheitseinsicht oder mangelnde Behandlungsbereitschaft.« Eine differenzierte Einschätzung der Gesundheitssituation der auf der Straße lebenden Menschen findet sich in »Hinz&Kunzt«. Eine Möglichkeit, Solidarität mit den Obdachlosen zu üben und zugleich ihres schweren Weges zu erinnern, ist die Teilnahme am alljährlichen **ökumenischen Gedenkgottesdienst für verstorbene wohnungslose Menschen**. Er findet das nächste Mal am **Sonntag, den 23. November**, um 18.00 Uhr in der Kirche St. Bonifatius (Am Weiher 29) statt. Allein in diesem Jahr sind bisher 17 obdachlose Menschen auf der Straße gestorben, meldete jüngst das Magazin »Hinz&Kunzt«.

Von der Diakonie-Website

Wer sich für die hamburgische Stadtgeschichte interessiert sollte sich **Mittwoch, den 26. November**, 19.30 Uhr, notieren. An diesem Abend geht es im Körber-Forum (Kehrwieder 12) um einen zentralen **Streitfall Geschichte**, nämlich die **Frage, ob Hamburg ein Kolonialismus-Problem hat**. Eigentlich mehr eine rhetorische Frage, denn der Reichtum der Stadt beruht bekanntlich zu einem Gutteil auf der Ausbeutung von Ländern auf dem afrikanischen Kontinent und anderswo im 19./20. Jahrhundert. Vor diesem Hintergrund geht es natürlich auch darum, ob diese Erkenntnis schon genügend verbreitet ist und vermittelt wird. Darüber diskutieren am besagten 26. November Kultursenator Carsten



Brosda und die postkoloniale Stadtforscherin Noa K. Ha, Geschäftsführerin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung. Die Moderation obliegt Victoria Reichelt. Weitere Infos und Anmeldung hier.

Und wo wir gerade bei der hamburgischen Geschichte sind, lässt sich gleich noch ein Termin im Kalender festhalten. Am **Donnerstag, den 27. November, 16.00 bis 17.00 Uhr**, führt nämlich die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky (SUB) in einen ihrer wichtigen Bestände ein. Es geht um die **legendären Adressbücher**, die seit 2010 nach und nach ins Netz eingestellt worden und damit für jedermensch abrufbar sind. Es handelt sich dabei konkret um die Hamburger Adressbücher von 1787 bis 1966, die Altonaer Pendants von 1802 bis 1938, die Bergedorfer Adressbücher von 1880 bis 1938 sowie Vorläufer aus dem 18. Jahrhundert und weitere Adress- und Fernsprechbücher, ein in Deutschland einzigartiger Bestand. So können wir endlich ohne großen Aufwand am Bildschirm eigenständig recherchieren, wo unsere linken oder vielleicht auch rechten (Ur-) Großeltern gewohnt haben, welche Menschen mit welchen Berufen in den einzelnen Wohnhäusern gemeldet waren und wann die Adressen z.B. der jüdischen Nachbar*innen getilgt wurden. Tatsächlich müssen sich Interessierte erst einmal in die Nutzung dieser Adressbücher einfummeln. Und dafür bietet die SUB am 27. November, in ihrem PC-Schulungsraum im Altbau (Grindelallee/Ecke Edmund-Siemers-Allee) mit ihrer **Praktischen Einführung in die neue Suchoberfläche der Hamburger Adressbücher Digital** eine hervorragende Möglichkeit. Infos und Anmeldung unter https://blog.sub.uni-hamburg.de/?p=41140.

Von der SUB-Homepage

»Eine klassenlose Gesellschaft war schon immer eine Illusion«, schreibt etwas nassforsch die Akademie Nordkirche in ihrem jüngsten Newsletter. Lassen wir das mal außen vor, nehmen aber zur Kenntnis, dass die Einrichtung am **Montag, den 1. Dezember**, von 12.15 bis 14.00 Uhr in die Esplanade 15 einlädt zur Veranstaltung **Klasse – Die Entstehung von Oben und Unten**. Darüber referieren wird der Utrechter Philosophieprofessor Hanno Sauer, der vor gut zwei Jahren ein Buch über Moral und die Erfindung von Gut und Böse verfasst hat. Diskussionspartnerin ist die Politikwissenschaftlerin Dr. Martyna Linartas von der Freien Universität Berlin, die das Internetportal ungleichheit.info betreibt. Der Eintritt beträgt 5 Euro und umfasst einen kleinen Mittagsimbiss. Weitere Infos und Anmeldung hier.

Am **Sonntag, den 7. Dezember, 13.00 Uhr**, machen sich ein Biologix und ein Architekturhistoriker auf den Weg, den **Retortenstadtteil HafenCity** auf historischem Grund zu erkunden. **Natur versus Architektur**, so die Überschrift, die Andromeda diesem Rundgang gegeben hat. Alles Nähere inklusive Anmeldung sollte in einer E-Mail erfragt werden.

Migrantisches Engagement in Hamburg stärken, das ist das Thema und das Ziel einer Tagung der Interkulturellen Denkfabrik e.V. am **Donnerstag, den 11. Dezember**, von 16.00 bis 20.00 Uhr in der Zentralbibliothek (Hühnerposten 1). Hierbei handelt es sich um das Abschlussforum der Netzwerk-Veranstaltungsreihe »WeDo – Deine Stimme, dein Raum, unser Dialog« in den vergangenen Monaten, bei der es um die Vorstellung der migrantischen Selbstorganisationen geht. Näheres zu dieser und auch weiteren Veranstaltungen hier.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Holen wir uns die Gemeinnützigkeit zurück! Mit Max Brauer die SAGA reformieren.

Von Rainer Benecke, aktiv in der Hamburger LINKEN

»Zehntausende Menschen suchten vergeblich eine Wohnung. Viele Familien waren in zwei Zimmern mit acht oder mehr Personen untergebracht.« So beschrieben die »Altonaer Nachrichten« am 13. Februar 1923 die Wohnungsnot in der 169.000 Einwohnende zählenden Stadt Altona. Diese Not wuchs Tag für Tag, denn während des Ersten Weltkriegs kam der Wohnungsbau völlig zum Erliegen. Neue Wohnungen waren nach dem Krieg nur durch neue Kreditaufnahmen zu finanzieren. Die Reichsregierung verweigerte jedoch diese notwendigen Zuschüsse: »Schuldenbremse« schon damals.

Gut für die Wohnungssuchenden, gut für den Wohnungsbau in Altona, dass es Max Brauer (1887–1973) gab. Der sozialdemokratische Stadtkämmerer und Zweite Bürgermeister der Stadt Altona, die erst 1938 Hamburg eingemeindet wurde, verhandelte monatelang mit der Reichsregierung um die notwendigen Kredite. »Die Konservativen lehnten jeden Eingriff der Kommune in das Wirtschaftsleben ab und sprachen sich gegen jene Steuererhöhungen aus, die den alten Mittelstand betrafen«, heißt es in einem im Staatsarchiv Hamburg lagernden Dokument dazu.

Max Brauer war als Stadtkämmerer – heute würde er als Finanzsenator bezeichnet werden – verantwortlich für die Haushalts-, Versorgungs- und Wohnungsfragen seiner Stadt. Während des Kapp-Putsches im März 1920 organisierte der gelernte Glasbläser und Gewerkschafter gemeinsam mit vielen anderen Gewerkschaftsmitgliedern den Generalstreik gegen den Versuch rechter Militärs und ihrer Verbündeten, die junge Weimarer Republik zu stürzen. Sie wollten eine rechtsradikale Regierung. Später dann versuchte er über Steuern, Abgaben und Investitionen die Lebensbedingungen der Mehrzahl der Menschen in Altona zu verbessern.

Er verstand den Wohnungsbau und das Angebot an Wohnungen für Erwerbstätige, arbeitslose und notleidende Menschen als wesentlichen Teil der Daseinsvorsorge. Das sei eine gesellschaftliche Aufgabe, die nicht allein dem Markt überlassen werden könne, so Max Brauer. Er suchte für diese Ansicht weitere Mitstreitende. Er fand sie auch in den Gewerkschaften.

Sehr praktische Hilfe für Max Brauer und seine Politik gab es durch den Architekten und Stadtplaner Georg Oelsner (1879–1956). Ihr gemeinsames Ziel war, die schlechten, engen und ungesunden Wohnbedingungen der armen Menschen in der Stadt Altona nach dem Ersten Weltkrieg möglichst schnell zu verbessern. Wohnungen mussten her, bezahlbarer Wohnraum in und für Altona. Brauer und Oelsner entschieden sich, mit genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Bauträgern zusammenzuarbeiten. Der eine sorgte sich um die Finanzierung, der andere entwarf schon mal »lichtdurchflutete Gartenstädte«, in der die Menschen besser und in Würde leben könnten. Er fand stadtplanerische und gestaltende Auswege aus Muff und Schimmel, aus Enge und unzumutbaren hygienischen Zuständen.

Diese aktive und gestaltende Wohnungspolitik in der Industriestadt Altona musste gegen die örtlichen Widerstände der Immobilieneigner und Besitzenden sowie der Reichsregierung durchgesetzt werden. Auch die Schuldenbremse damals verursachte Inflation, Arbeitslosigkeit und auch Hass. Die weitere Entwicklung ist bittere Geschichte.

Doch Max Brauer gelang das schier Unmögliche. Er mobilisierte Kredite für den Bau von Wohnungen. Am 29. Dezember 1922 konnte die »Gemeinnützige Siedlungs-Aktiengesellschaft Altona«, kurz SAGA, gegründet werden. »Wohnungsbau ist eine öffentliche Aufgabe. Die Gemeinde muß bauen, wo die Privatwirtschaft versagt«, fasste Brauer seine Erfahrungen zusammen.

Zunächst übernahm die SAGA 1923 die 760 Wohnungen der Steenkamp-Siedlung vom Verein »Heimstätten Hamburg«. Die SAGA setzte die Bauarbeiten fort. Mit Magistrat Max Brauer wurden in Altona von 1923 bis 1932, trotz Massenarbeitslosigkeit und Inflation, 10.385 Wohnungen gebaut. Davon entstanden 3.800 Wohnungen direkt im Auftrag der Kommune.

Oelsner verstand »Wohnungsbau als Instrument gesellschaftlicher Reform« , so sein Biograf Christoph Timm in dem 1984 erschienenen Buch »Gustav Oelsner und das neue Altona«. Er setzte sich für lichte Gartenstädte ein – und hätte als Altonaer Bausenator, der er mit Brauers Unterstützung wurde, den Verkauf von einzelnen Häusern in der Steenkampsiedlung durch die SAGA um das Jahr 2010 sicher nicht befürwortet. Ob sie unter dem »Instrument gesellschaftlicher Reform« auch Mieter*innenbeiräte verstanden, ist nicht überliefert.

Eine Hilfe dazu wären etwaige Beiräte jedoch. Die Mieterinnen und Mieter klagen heute über Schimmel in SAGA-Wohnungen, so beispielsweise in Kirchdorf-Süd und in anderen Teilen Wilhelmsburgs. Sie beschweren sich über mangelnde bis keinerlei Reparaturleistungen. Sie bemängeln die schwierige Kommunikation mit der SAGA, ihrer Wohnungsbaugesellschaft, die ursprünglich mal tatsächlich die ihre, weil gemeinwirtschaftlich, war. »Wissen Sie, man hängt so lange in dieser Telefonschleife, bis man auflegt ... Das ist doch Absicht.« Währenddessen drohen ganze Gebäude einzustürzen, wie jüngst in der Kieler Straße, berichteten die »Eimsbüttler Nachrichten« und das »NDR Hamburg-Journal« im August 2025. Auch dort bezeugen Mietende, rechtzeitig, schon vor Jahren, auf die Mängel an den Häusern aufmerksam gemacht zu haben, die dann zur Gefahr wurden. Nun müssen sie umziehen, manche zweimal, weil Übergangswohnungen von der SAGA nur befristet zur Verfügung gestellt werden können. »Zweimal umziehen? Das überlebe ich nicht“, sagt ein betroffener alter Mann.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Material in Geldscheinform, Vorderseite und unten die Rückseite

»Aber dafür sind die Mieten doch günstig! Rund 7,50 Euro pro Quadratmeter! Also deutlich unterm Mietenspiegel in Hamburg!« – »Aber die Mieten werden doch mindestens alle zwei Jahre erhöht«, entgegnen viele Mitmieter*innen: »Ehrlich, ich weiß nicht, wie lange ich das noch schaffe, wie lange ich mit meinem geringen Einkommen da noch hinterher komme!« Manche SAGA-Mietende haben Angst. Das hätte Max Brauer sicher nicht gewollt.

Die SAGA ist inzwischen eine Aktiengesellschaft, die zu 100 Prozent der Stadt Hamburg gehört. Chefin des Aufsichtsrats ist die auch für den Wohnungsbau zuständige Senatorin Karen Pein, eine Nachfolgerin Max Brauers also. Die SAGA hat sich für den Senat und seine Senator*innen offenbar zur goldenen Kuh entwickelt, die Jahr für Jahr gemolken wird. Ihre Gewinne nach Steuern steigen immer weiter. 2024 waren es fast 300 Millionen Euro Gewinn, die in den städtischen Haushalt Hamburgs überführt werden konnten. Im Klartext: Jede Mieterin, jeder Mieter ist mit über 2.000 Euro an diesem Gewinn beteiligt und steckt diese Summe zusätzlich zu Steuern und Abgaben in den Haushalt der Stadt. 2.000 Euro, die SAGA-Mietende schmerzlich auf dem Konto und in der Gestaltung ihres täglichen Lebens vermissen. 2.000 Euro, insgesamt fast 300 Millionen Euro, die nun zum Beispiel zur Finanzierung der Olympia-Bewerbung Hamburgs beitragen könnten. Ist dagegen kein Kraut gewachsen? Gibt es keine Möglichkeit, im Interesse der Mehrzahl der Menschen gegenzusteuern?

Doch. Bis 1990 war die SAGA Max Brauers eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft: Der Gewinn war nicht der Zweck der Geschäftstätigkeit, sondern Mittel zum Zweck, um über die Selbstfinanzierung weiterer Investitionen zu ermöglichen. Ganz im Sinne gesellschaftlicher Reformen Brauers und Oelsners wäre es, wenn die Mietenden in Beiräten und anderen Gremien gemeinsam beraten und mitbestimmen könnten. Auch über die Verwendung des durch sie erwirt-

Mieten runter statt SAGA-Gewinne erhöhen

Die städtische SAGA hat 2023 einen Gewinn von 182,6 Millionen Euro erzielt – und das, obwohl die Kosten für Neubau und Instandhaltung bereits abgezogen sind. In den zwei Jahren davor waren es sogar über 200 Millionen Euro jährlich. Mit 139.919 Wohnungen im Bestand entspricht das einem **Gewinn von 1.305 Euro pro Wohnung.**

Trotz dieser enormen Überschüsse erhöht die SAGA regelmäßig die Mieten – und das mit Zustimmung des Senats. Dabei beweist der Gewinn: Eine Senkung der Mieten ist nicht nur machbar, sondern längst überfällig. Günstigere Mieten entlasten die SAGA-Mieter*innen und wirken sich positiv auf den gesamten Hamburger Mietenspiegel aus.
Davon profitieren am Ende alle Mieter*innen in der Stadt.

Wir fordern Bürgerschaft und Senat auf, endlich für eine Senkung der SAGA-Mieten zu sorgen. Es ist nicht akzeptabel, dass die Mieten dazu missbraucht werden, die Haushaltslöcher der Stadt zu stopfen!

Die Linke
Hamburg

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

schafteten Gewinns, die Ausstattung ihrer Häuser, ihrer Wohnungen und ihrer Wohnumwelt.

Mitbestimmung, Mitgestaltung: So ist auch die Zustimmung und die Unterstützung der SAGA-Mietenden zu den Umstellungen angesichts der planetaren Herausforderungen zu erlangen. Sie dürfen aber nicht auf Kosten der Mehrzahl der Menschen gehen. Hamburg muss 2040 klimaneutral sein, die SAGA und ihre Mietenden werden ihren Beitrag leisten müssen. Auch dafür können Anteile des Gewinns der SAGA verwandt werden. Dafür – und für Mietsenkungen, die endlich den Mietenspiegel Hamburgs nach unten korrigieren würden. Dann hätten auch die über 11.000 Vonovia-Mietenden in Hamburg etwas davon, dass es in ihrer Stadt die SAGA gibt. Dafür kann, dafür muss der SAGA-Gewinn verwandt werden. Das sollen, das müssen auch die Mietenden mitentscheiden können.

Bis 1989 erfuhr die Wohnungsgemeinnützigkeit eine steuerliche Förderung. Das Erbe Max Brauers, die »Gemeinnützige Siedlungs Aktiengesellschaft Altona«, wurde von CDU-Kanzler Helmut Kohl 1989 ausgehöhlt: Mit dem 1. Januar 1990 wurde das Wohnungsgemeinnützigskeitsgesetz aufgehoben. Bislang steuerbefreite gemeinnützige Unternehmen der Wohnungswirtschaft wurden unbeschränkt steuerpflichtig. Diese für alle Mietenden negative Entwicklung war auch ein Erfolg des Lobbyverbands der freien Wohnungsunternehmen. Er vertritt die an Gewinnerzielung und -maximierung interessierten Wohnungsunternehmen und -konzerne gegenüber Bundes- und Landesregierungen. Klar, dass hier kein Interesse an günstigen Mieten besteht. Klar, dass darum der Wohnungsgemeinnützigkeit ein Ende gemacht werden musste. Klar, dass Kanzler Kohl zur Hilfe eilte und einen Teil des Erbes Max Brauers einfach über eine Steuerreform strich.

Anderseits: 140.000 SAGA-Wohnungen, 270.000 Menschen, die in Hamburg in ihnen wohnen, sind ein immer noch lebendiger Teil des Erbes Max Brauers. Die SAGA prägt das Bild unserer Stadt mit. Ob am Grindel, in Jenfeld, in Kirchdorf-Süd, Harburg oder in den Walddörfern, überall in Hamburg gibt es SAGA-Siedlungen.

Holen wir uns die Gemeinnützigkeit der SAGA zurück. Noch einmal, die SAGA gehört der Stadt und damit uns allen. Verwandeln wir sie ganz im Sinne des Sozialdemokraten und Gewerkschafters Max Brauer zurück, verwandeln wir sie wieder in eine gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft. Schaffen wir auch so den dringend notwendigen Mietendeckel für Hamburg, ganz im Sinne Brauers. Ja, das geht: Eine Hinterlassenschaft der letzten Bundesregierung und ihrer Wohnungsbauministerin Klara Geywitz (SPD) ist das Neue Wohngemeinnützigkeitsgesetz, verkündet in der Bundestagsdrucksache 20/12780, S. 125: »Mit der Wiedereinführung der Wohngemeinnützigkeit wird eine steuerliche Förderung geschaffen, die Dauerbindungen an bezahlbarem Wohnraum ermöglicht und gemeinwohlorientierte Träger stärkt.« Und im Bundesgesetzblatt I 2024 Nr. 387 lesen wir zum Jahressteuergesetz 2024: »Als gemeinnützig gilt die Förderung wohngemeinnütziger Zwecke, insbesondere die Schaffung und Erhaltung von Wohnraum für Haushalte mit geringen Einkommen zu dauerhaft vergünstigten Mieten.«

Packen wir es an: Die neue »Gemeinnützige Siedlungsaktiengesellschaft SAGA« ist am Horizont sichtbar. Wenn das neue Wohnungsbaugesetz nicht reicht, nicht passt, kann die SAGA in eine gemeinnützige Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Dagegen spricht einzig der Appetit des Senats auf den Gewinn dieser Wohnungsbaugesellschaft, unserer SAGA. Von Max Brauer lernen heißt, jetzt gemeinsam, zusammen und an den Interessen der Mehrzahl der Hamburgerinnen und Hamburger orientiert, den Weg zurück zur Gemeinnützigkeit der SAGA zu finden. In einer Auseinandersetzung, die alle, die ein Interesse an günstigen Mieten in unserer Stadt haben, mit einbezieht. Wie machen wir die SAGA wieder gemeinnützig? Wie wird die Überführung solide und belastbar organisiert? Wie sieht so ein »Die SAGA ist wieder gemeinnützig«- Gesetz praktisch aus? Wie können Mietende aus der ganzen Stadt an diesem Prozess beteiligt werden? An möglichen Antworten wird bereits gearbeitet. Wir werden weiterhin berichten und um Unterstützung bitten, denn wieder suchen viele, sehr viele Menschen preiswerten, bezahlbaren Wohnraum in Hamburg, unserer Stadt. Wie sagte Max Brauer: »Wohnungsbau ist eine öffentliche Aufgabe. Die Gemeinde muss bauen, wenn die Privatwirtschaft versagt.«

Interessant ist der Alsterbummel auch wegen der erst vor wenigen Tagen erfolgten Einweihung der neu gestalteten Situation rund um die Hohenfelder Bucht.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Orange the World! – Stoppt Gewalt gegen Frauen!

Von Janine Burkhardt

Hinweis: In dem nachfolgenden Artikel geht es u.a. um (sexualisierte) Gewalt und Femizide.

Mit der UN-Kampagne »Orange the World« wird seit 1991 auf Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam gemacht – vom Internationalen Tag zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November bis zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember.

In Deutschland gehört Gewalt gegen Frauen zum Alltag. Jährlich werden hunderte Frauen durch ihren (Ex-) Partner getötet. Viele Medien sprechen dabei noch immer von »Familientragödie«, »Liebesdrama« oder »Tötung aus Leidenschaft«. Solche Begriffe verharmlosen Gewalt gegen Frauen und machen Femizide (Bezeichnung für die Tötung von Frauen, weil sie Frauen sind – der Begriff zeigt die strukturelle Dimension dieser Form der Gewalt auf) zu schicksalhaften Einzelfällen. Positiv ist, dass hier allmählich ein Umdenken einsetzt, dennoch bleibt bis zu einer echten Veränderung noch viel zu tun.

Weltweit erlebt jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben verbale und körperliche Gewalt. Seit Beginn der Coronapandemie wird ein Anstieg solcher Übergriffe registriert, auch in Deutschland. Im Jahr 2023 wurden 938 Frauen und Mädchen Opfer von Tötungsdelikten, davon 360 vollendet. Rund 80 Prozent dieser Fälle standen im Zusammenhang mit Partnerschaften. Alle drei Minuten erlebt eine Frau oder ein Mädchen in Deutschland häusliche Gewalt (insgesamt 180.715 im Jahre 2023, ein Anstieg von 5,6 Prozent gegenüber 2022). Jeden Tag werden über hundert Frauen und Mädchen Opfer eine Sexualstraftat (insgesamt 52.330, ein Plus von 6,2 Prozent gegenüber 2022) (hier).

Auch der Hass auf Frauen in den sozialen Medien nimmt zu, besonders gegenüber politisch aktiven Frauen. Frauenhäuser stehen zunehmend unter Druck – nicht nur, weil die Kapazitäten hinten und vorne nicht reichen und Frauen immer wieder abgewiesen werden, sondern auch, weil immer wieder um die Finanzierung gekämpft werden muss. Aus diesem Grund soll durch das Gewalthilfegesetz in den kommenden sieben Jahren die Kapazitäten ausgebaut werden. Der Bund möchte dafür 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung stellen, denn Frauen haben erst seit 2032 ein Recht auf kostenfreien Schutz und Beratung. Intergeschlechtliche und non-binäre Personen sind sogar komplett außen vor und auch transfeindliche Gewalt bleibt in dem Gesetz unberücksichtigt. Insbesondere die CDU betont, der Schutz gelte nur für das biologische Geschlecht Frau.

Die Anzeige- und Strafverfolgungsraten bei Gewalt gegen Frauen sind niedrig. Besonders beim Thema Vergewaltigung machen Betroffene häufig die Erfahrung, dass ihnen nicht geglaubt oder eine Mitschuld an dem, was ihnen widerfahren ist, gegeben wird. Nur ein Bruchteil der Vergewaltigungen wird zur Anzeige gebracht – und noch weniger enden mit

Janine Burkhardt mit klarer Protestbotschaft

einer Verurteilung. Das Prinzip »Nein heißt Nein« verlangt, dass Betroffene aktiv widersprechen müssen. Das Modell »Ja heißt Ja« hingegen verlangt ein explizites Einverständnis, bevor eine sexuelle Handlung stattfindet. Das deutsche Recht ist jedoch immer noch sehr darauf ausgerichtet auf das »Opfer« zu schauen, statt auf das Verhalten des Täters, z.B. warum hat sie nicht Nein gesagt? Warum hat sie sich nicht gewehrt? Wie problematisch diese Logik ist, zeigt der Fall von Gisèle Pelicot aus Frankreich auf, der weltweit in die Schlagzeilen geriet: Sie war bewusstlos, eine Zustimmung konnte sie nicht geben und dennoch haben Täter behauptet, es habe sich um ein einvernehmliches Spiel gehandelt.

Kommt es zu einem gerichtlichen Verfahren bei einer Vergewaltigung, sind diese für die Betroffenen oft extrem belastend. Frauen wird sogar geraten, keine Therapie zu beginnen, solange das Verfahren nicht abgeschlossen ist, aus Angst, die Betroffene könnte an Glaubwürdigkeit verlieren (u.a. bei Konstellationen, wo es Aussage gegen Aussage steht) (hier). Das ist nicht nur falsch, sondern auch schädlich für Betroffene, da solche Verfahren Jahre dauern können.

Sinnbildlich für die Gefahren, denen Frauen ausgesetzt sind, stehen die Ratschläge für »angemessenes« Verhalten in der Öffentlichkeit, wie nicht allein unterwegs zu sein, das eigene Getränk im Blick zu haben oder sich nicht »zu aufreizend anzuziehen«. Als ob Kleidung je eine Rolle bei sexuellen Übergriffen gespielt hätte. Oft kommen diese »Tipps« von Männern,

die den Frauen nahestehen, von Vätern oder Partnern. Warum eigentlich? Weil sie genau wissen, wozu andere Männer in der Lage sind? Viele Männer (natürlich nicht alle!) reagieren oft mit Unverständnis und Polemik, wenn Frauen ihre Erfahrungen teilen, insbesondere auf Social Media. Erwiderungen, wie »das war doch als Kompliment gemeint« oder »zieh dich halt nicht so an«, müssen sich Frauen oft anhören. Ziel: Ihre Erfahrungen sollen u.a. untergraben werden und ihnen die Schuld für das Verhalten gegeben werden, schließlich hätten sie es provoziert. Wer immer wieder fein raus ist, ist der übergriffige Mann. »Zeit, dass die Scham die Seite wechselt!«

Auch deswegen sind die »Stadtbild«-Aussagen von Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) so problematisch. Nicht nur, dass er Frauenrechte nur dann thematisiert, wenn diese in sein rassistisches Narrativ passen, sondern auch, weil er schon im Wahlkampf sehr viel Wert darauf legte, seinen Einsatz für die Sicherheit von Frauen zu betonen. Aber zwischen seinen Worten und seinem tatsächlichen Handeln liegen Welten. Im Jahr 2006 stimmte Merz gegen das Gleichbehandlungsgesetz (Frauen sind in Ausbildung und Beruf mit Männern gleichgesetzt) sowie 1997 gegen ein Gesetz, dass Frauen in der Ehe vor Vergewaltigung schützen sollte. Von Geschlechterparität im Kabinett hält Merz auch nichts (»Wir tun damit auch den Frauen keinen Gefallen.« – hier). Ihm fehlt jedes Verständnis für die strukturelle Benachteiligung von Frauen bzw. sie fällt ihm gar nicht erst auf. Das beste Beispiel ist das bekannte Bild, wo er bei einem »Spitzen-Treffen« von CDU und CSU in einer reinen Männerrunde saß (hier). Zudem wetterte er gegen einen parteiübergreifenden Gesetzentwurf zur Reformierung des Paragrafen 218 im Strafgesetzbuch (Schwangerschaftsabbrüche bis zur 12. Woche sollten nicht länger als Straftat gelten). Während eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland genau dafür sind (hier), sagt Merz: »Wir haben seit 30 Jahren einen sozialen Frieden in Deutschland bei diesem Thema, dabei sollte es bleiben.« (hier)

Welchen Frieden er hier sieht, bleibt wohl sein Geheimnis. Faktisch bedeutet seine Haltung, dass die volle Selbstbestimmung weiterhin durch bürokratische Hürden bzw. eine moralische Stigmatisierung behindert wird. Es ist außerdem zutiefst unehrlich, so zu tun, Gewalt gegen Frauen sei ein Problem, das durch Migration nach Deutschland gekommen sei. Die deutsche Gesellschaft ist schon immer und mit größter Selbstverständlichkeit sexistisch geprägt, Übergriffe auf Frauen sind Normalität. Wer das für übertrieben hält, sollte sich Werbespots anschauen, die seit Jahrzehnten Frauen sexualisieren und zu Lustobjekten machen, Sex sells. Oder sich die unzähligen Vorfälle auf den Oktober- und Karnevalsfesten sowie Schützenfeste vergegenwärtigen. Diese Normalität ist der »Frieden«, den Merz nicht gestört haben möchte. Solange Gewalt gegen Frauen in traditionellen Formen ausgelebt wird, ist es normal und gesellschaftlich akzeptiert, unsichtbar für Männer wie Merz.

Trotz all der bedrückenden Zahlen und Erfahrungen gibt es auch Grund zur Hoffnung. Immer mehr Menschen, Frauen wie Männer, sprechen offen über Gewalt, Sexismus und Machtmissbrauch, insbesondere nach #Me too. Themen, die lange tabuisiert waren, werden sichtbar und öffentlich diskutiert. Immer mehr Betroffene finden den Mut, ihre Geschichten zu erzählen und damit andere zu ermutigen nicht länger zu schweigen. Auch gesamtgesellschaftlich bewegt sich etwas: Schulen, Unternehmen, Medien und Verwaltungen beginnen, Gewaltprävention, Gleichstellung und Diversität ernst zu nehmen. Initiativen, Beratungsstellen und Aktivist*innen leisten tagtäglich unermüdliche Arbeit, um Betroffenen beizustehen, politische Veränderungen anzustoßen und patriarchale Strukturen aufzubrechen.

Und genau hier liegt die Hoffnung: Dass wir gemeinsam eine Gesellschaft schaffen, in der keine Frau und kein Mädchen mehr Angst haben muss – weder zu Hause, noch auf der Straße, noch online. Eine Gesellschaft, in der Respekt, Gleichberechtigung und Solidarität selbstverständlich sind.

Für Betroffene: Du bist nicht allein, hier findest Du Hilfe: Hilfetelefon: 116 016. Weitere Hilfen findest du hier.

Catcalling unter Strafe stellen – Jetzt!

Gerade eben hat »We Act«, die Petitionsplattform von Campact, ein neues Dokument ins Netz gestellt – und bittet um Unterzeichnung. Wir nehmen hier die von Carolin Frank gestartete Online-Petition gerne auf.

An: Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD), an die Justizminister*innen der Bundesländer, den Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages

Catcalling – also das Hinterherpfeifen, Anstarren, obszöne Kommentare oder sexuelle Anspielungen im öffentlichen Raum – ist keine Bagatelle. Es ist eine Form verbaler Gewalt, die Frauen* und Mädchen* täglich trifft. **Deutschland schaut bislang weg – und lässt Betroffene ohne Schutz.** Dabei ist längst klar: Catcalling ist übergriffig und verletzt die Würde.

In vielen europäischen Ländern ist Catcalling längst strafbar. Auch in Deutschland braucht es endlich Konsequenzen. Wenn Täter mit Strafen rechnen müssen, wirkt das abschreckend – und gibt Betroffenen endlich rechtlichen Rückhalt.

Warum ist das wichtig?

Catcalling ist Teil eines größeren Problems: Sexismus im Alltag. Wer im Bus, auf der Straße oder im Park belästigt wird, fühlt sich gedemütigt und bedroht. Besonders junge Frauen* erleben Catcalling oft schon in der Schulzeit – mit

gravierenden Folgen für ihr Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum.

Trotzdem gilt Catcalling in Deutschland bisher nicht als Straftat. Betroffene können kaum Anzeige erstatten – und Täter müssen nichts befürchten. Das ist ein untragbarer Zustand. Denn es geht hier nicht um „Komplimente", sondern um gezielte Machtausübung, die Grenzüberschreitung und Einschüchterung.

Andere Länder zeigen, dass es anders geht:
In Frankreich, Spanien, Portugal und seit 2024 auch in den Niederlanden drohen Geld- oder sogar Haftstrafen für verbale sexuelle Belästigung. Frankreich hat bereits über 3.000 Bußgelder verhängt – ein klares Signal gegen Sexismus.

Auch in Deutschland mehren sich die Stimmen für ein Verbot und der politische Druck wächst: Bundesjustizministerin Hubig prüft derzeit die Einführung eines neuen Straftatbestands. Die Mehrheit der Landesjustizministerien unterstützt diesen Vorstoß. Doch jetzt braucht es öffentlichen Druck, damit daraus auch wirklich ein Gesetz wird.

Catcalling darf keine Grauzone bleiben. Es braucht klare Grenzen – auch im Strafrecht.

Wir fordern: Die Einführung eines klaren Straftatbestands für verbale sexuelle Belästigung im öffentlichen Raum.

Für eine Gesellschaft, in der alle sicher und respektiert leben können!

Solidarität heißt auch: Hinschauen, wenn's unangenehm wird Das Schutzkonzept der Bürgerschaftsfraktion

Von Anna-Sophie Noack, Mitarbeiterin von Cansu Özdemir

Die Hamburger Linksfraktion hat seit zwei Jahren ein Schutzkonzept. Warum? Weil Machtmissbrauch und Übergriffe vorkommen – auch in unseren eigenen Strukturen.

Als LINKE sind wir Teil dieser Gesellschaft und tragen damit auch ihre problematischen Muster in uns. Schmerzhaft wurde das spätestens 2022 deutlich, als unter dem Hashtag #LinkeMeToo bundesweit Fälle übergriffigen Verhaltens innerhalb der LINKEN öffentlich wurden. Diese Ereignisse lösten eine längst überfällige Debatte aus, die auch in der Hamburger Linksfraktion intensiv geführt wurde. Gerade als LINKE haben wir eine besondere Verpflichtung, genau hinzuschauen: Wer öffentlich entschieden gegen Sexismus, Rassismus und Machtmissbrauch kämpft, muss dies auch innerhalb der eigenen Strukturen tun.

Aus dieser Auseinandersetzung entstand ein gemeinsames Bekenntnis: Wir wollen nicht erst reagieren, wenn Grenzverletzungen geschehen, sondern frühzeitig Strukturen schaffen, die schützen und stärken. Gleichzeitig wollen wir, wenn nötig, professionell aufgestellt sein, um Betroffenen eine Anlaufstelle bieten und Vorfälle mit der gebotenen Ernsthaftigkeit aufarbeiten zu können. Klarheit und Nachvollziehbarkeit schaffen Handlungssicherheit.

Das Schutzkonzept der Fraktion umfasst daher verpflichtende Workshops, Handlungsleitfäden, Ansprechpersonen sowie transparente Abläufe. Jede Person, die bei uns arbeitet, soll sich sicher sein: Wir nehmen Grenzverletzungen ernst – und handeln.

Ziel ist eine Fraktionskultur, die aufeinander achtet und solidarisch handelt – in der nicht Schweigen schützt, sondern Haltung. Das Schutzkonzept ist dabei kein bürokratisches Papier, sondern ein lebendiger Kompass. Es erinnert uns daran,

Von der Fraktionswebsite – dort findet sich auch der Text des seit dem 31. Mai 2023 gültigen Schutzkonzepts

dass Gleichberechtigung, Respekt und Achtsamkeit immer wieder neu eingeübt werden müssen.

Zur Wahrheit gehört dabei auch: Diese Prozesse laufen nicht ohne Reibung ab. Es gibt Abwehr, Wut und Verletzungen und manchmal Enttäuschung und Resignation. Am Ende geht es uns nicht darum, perfekt zu sein, sondern konsequent zu bleiben. Veränderung bedeutet, mutig hinzusehen, Verantwortung zu übernehmen und gemeinsam zu lernen. Unser Schutzkonzept ist ein Schritt auf diesem Weg – ein Bekenntnis zu einer politischen Kultur, die Vertrauen stärkt und Räume schafft, in denen Menschen sich sicher fühlen können. Denn nur wer innerhalb der eigenen Strukturen Solidarität lebt, kann sie nach außen glaubwürdig einfordern.

Bei Interesse sei hier noch auf einen Artikel von Hêlîn Dirik zu den Entwicklungen in der Partei nach #LinkeMeToo verwiesen.

Beliebte alte Beschäftigung beim Alsterbummel: Wer kann die Türme der fünf Hamburger Hauptkirchen richtig benennen?

VSA: Geschenke zum Fest mit Nachwirkungen

Joachim Bischoff
Ende oder Renaissance sozialistischer Utopien?
Von Engels' »Anti-Dühring« zum Epochenbruch am Ende des Zeitalters der Erschöpfung
256 Seiten | € 16.80
ISBN 978-3-96488-172-4

Klaus Weber
Kampfblatt des autoritären Liberalismus
Die Frankfurter Allgemeine als Wegbereiterin von »Kriegstüchtigkeit«
168 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-258-5

Claus-Jürgen Göpfert
Zeitung im Kampf
80 Jahre »Frankfurter Rundschau« oder: Niedergang des linksliberalen Journalismus?
232 Seiten | in Farbe | zahlreiche Fotos | € 16.80
ISBN 978-3-96488-233-2

Felix Krebs/Florian Schubert
Hamburgs »Baseball-schlägerjahre«
Rechte und rassistische Gewalt in den 1980er-Jahren: gesellschaftliche Bedingungen und staatliche Reaktionen
168 Seiten | € 14.80
ISBN 978-3-96488-199-1

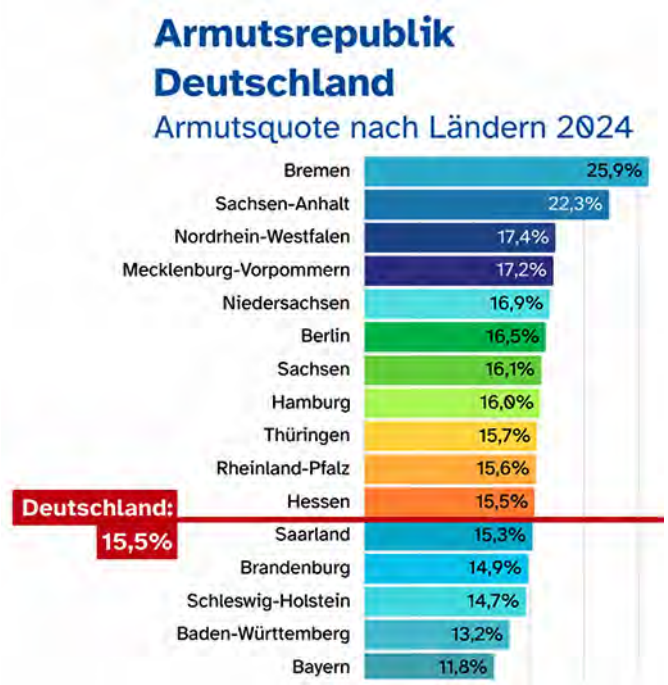
Jürgen Kowalewski
Ein HSV-Star in Widerstand und KZ
Das zu kurze Leben von »Assi« Halvorsen
184 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-96488-202-8
Spannende Geschichte eines einstigen Spielmachers des HSV in den 1920er-Jahren.

Mehr Informationen zu diesen Titeln und zu zahlreichen weiteren Neuerscheinungen gibt es unter **www.vsa-verlag.de**

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Armutsgipfel 2025: Wege in eine gerechte Zukunft

Mehr als 180 Akteur*innen und Multiplikator*innen waren am 15. Oktober in der Patriotischen Gesellschaft zusammengekommen, um über die Armutsentwicklung in Europas reichster Stadt – in Hamburg – zu diskutieren. Veranstaltet wurde der »Armutsgipfel« in bemerkenswerter Einmütigkeit von vier hamburgischen Spitzenorganisationen. Entgegen aller Schönrednerei des Senats gegenüber der wachsenden Armutsproblematik und der immer weiter aufgehenden Arm-Reich-Schere machte die Diskussion auf der Tagung deutlich, dass endlich die nötigen Konsequenzen gezogen werden müssen. Wir dokumentieren nachfolgend die gemeinsam erarbeitete und verabschiedete Abschlusserklärung:



Aus dem im April 2025 veröffentlichten Armutsbericht des Paritätischen

Politik, Fachverbände, Zivilgesellschaft – mehr als 180 Vertreter:innen der gesamten Stadtgesellschaft fanden sich auf Einladung von Sozialverband SoVD, Mieterverein zu Hamburg, DGB Hamburg und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in der Patriotischen Gesellschaft ein, um über die Aspekte von Armut zu sprechen und Lösungen zu entwickeln.

»Jedes vierte Kind und jede:r fünfte Einwohner:in in unserer Stadt gelten bereits jetzt als arm. Die Herausforderungen unserer Zeit verlangen uns immer mehr ab – Inflation, steigende Arbeitslosigkeit, die Streichung von staatlichen Förderungen für neue Berufs- und Lebensperspektiven führen dazu, dass immer mehr Menschen, auch aus dem Mittelstand, immer weniger von ihrem Geld haben. Armut ist schon lange kein Randphänomen mehr!«, sagt **Klaus Wicher, Hamburger SoVD-Landesvorsitzender**.

Besonders sichtbar werde Armut, wenn es um Wohnraum geht. Der **Vorsitzende des Mietervereins zu Hamburg, Dr. Rolf Bosse**: »Der gerade erschienene Vermögensbericht belegt unzweifelhaft, dass Armut und Reichtum weiterwachsen. Schon seit langem wissen wir, dass das Wohnen zur Miete ein Armutsrisiko darstellt. Wir sagen: So kann es nicht weitergehen! Es ist die Aufgabe eines demokratischen Staats, angemessene Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. Dazu gehört explizit die angemessene Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Ziel dieses Armutsgipfels ist auch, unter Beweis zu stellen, dass die Beseitigung von Armut keine Mildtätigkeit gegenüber den Betroffenen ist, sondern im wirtschaftlichen Interesse unserer Gesellschaft stattfindet.«

Für **Tanja Chawla, Vorsitzendes DGB Hamburg** sind beim Thema Arbeit zu wenig Stellschrauben gedreht: »Minijobs, prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit sind ursächlich verantwortlich für ein Leben und vor allem Verharren in Armut. Dass die Zahl der Einkommensmillionäre in Hamburg erneut gestiegen ist, ist nur ein Indikator dafür, dass die Spaltung zwischen Arm und Reich weiter voranschreitet. Aber, anstatt die Vermögenssteuer wiedereinzuführen, leisten wir uns eine enorm stigmatisierende Diskussion über Bürgergeldempfänger:innen, von denen weniger als 0,4 Prozent zumutbare Arbeit grundlos verweigern oder ihre Mitwirkungspflichten nicht erfüllen.«

Armut betreffe den gesamten Lebensalltag, stellt **Kristin Alheid, Hamburger Geschäftsführerin Paritätischer Wohlfahrtsverband** klar: »Wir wissen seit langem, dass eine bezahlbare gute Wohnsituation genau wie gute Bildung von Anfang an die zwei elementaren Grundpfeiler dafür sind, dass Menschen nicht in Armut geraten, beziehungsweise sich davon befreien können. Es braucht daher eine gemeinsame Anstrengung, dafür in Hamburg die Grundlagen zu schaffen!«

In Foren, Diskussionsrunden und Podien und Gesprächen erarbeiteten die Teilnehmenden konkrete Forderungen und Lösungsansätze, die bewusst sozial-, wirtschafts- und wohnungspolitische Maßnahmen miteinander verbinden.

Armutsgipfel 2025

Armut braucht eine neue soziale Agenda

Mehr als 150 Aktive und Interessierte berieten beim ersten Hamburger Armutsgipfel intensiv darüber, wie mehr gleichberechtigte Teilhabe der Schwächsten in unserer Gesellschaft möglich werden kann.

Abschlusserklärung und weitere Dokumente der Konferenz im Netz hier.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Armut – als strukturelles Problem anerkennen

Armut ist kein individuelles Versagen, sondern Folge politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen und Rahmenbedingungen. Armut bedeutet soziale Ausgrenzung, eingeschränkte Teilhabe und gesundheitliche Risiken.

Wohnen – als soziale Frage begreifen

Der angespannte Wohnungsmarkt ist ein zentraler Treiber von Armut. Mindestens 5.000 geförderte Neubauwohnungen im Jahr, eine konsequente Anwendung der Mietpreisbremse, Zweckentfremdung und die Verhinderung von jahrelangem Leerstand können die Lage entspannen. Flankierend sollte Hamburg zur gemeinnützigen Wohnungswirtschaft zurückkehren.

Soziale Infrastruktur stärken

Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen und Beratungsstellen müssen flächendeckend angeboten und niedrigschwellig zugänglich sein. Dazu muss Hamburg in den Quartieren Infrastruktur schaffen, durch Stadtteilzentren und personenorientierte Angebote, Schulsozialarbeit, Gesundheitszentren und -kioske und Schuldnerberatung.

Prävention durch Bildung und gute Arbeit

Prekäre Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit müssen durch Qualifizierung und tarifgebundene Vergütung bekämpft werden. Arbeit sollte grundsätzlich auf Basis tariflicher Absprachen entlohnt werden. Dazu gehört auch die Anhebung des Mindestlohns. Tarifbindung muss auf mindestens 80 Prozent erhöht werden.

Politische Teilhabe und Selbstwirksamkeit

Betroffene kennen ihre Lage am besten, sie sollten stärker bei politischen Prozessen eingebunden werden. Hamburg sollte explizit Beteiligungsformate für Menschen mit Armutserfahrung, Förderung von Selbstvertretung und zivilgesellschaftlichem Engagement anstoßen. Wer sich als selbstwirksam begreift, stärkt die Demokratie.

https://www.2030hamburg.de/armutsgipfel-2025-armut-braucht-eine-neue-soziale-agenda/

Hier die Zusammenfassung des 44-seitigen Armutsberichts **mit dem Titel »Verschärfung der Armut« des Paritätischen vom April 2025**

Am Anfang in aller Kürze

- Eine Gesellschaft frei von Armut ist möglich, dafür unterbreiten wir politische Vorschläge.
- Viele Paritätische Mitgliedsorganisationen leisten praktische Beiträge, um den Folgen von Armut entgegenzuwirken.
- Von 2023 zu 2024 stieg nach MZ-SILC die Armutsquote in Deutschland um 1,1 Prozentpunkte. Demnach sind 15,5 Prozent der Bevölkerung von Armut betroffen.
- 13 Millionen Menschen leben hierzulande unterhalb der Armutsgrenze. Insgesamt bewegt sich die Armut für ein reiches Land wie Deutschland auf einem viel zu hohem Niveau.
- Die Armutsschwelle liegt aktuell bei Alleinlebenden bei 1.381 Euro im Monat, für eine vierköpfige Familie mit zwei Kindern (unter 14 Jahre) bei 2.900 Euro.
- Die Armutsschwelle bezeichnet die oberste Einkommensgrenze, bis zu der Menschen als einkommensarm gelten. Diese Schwelle ist jedoch nicht mit der Summe gleichzusetzen, die einkommensarme Menschen tatsächlich im Schnitt im Monat zur Verfügung haben. Tatsächlich liegen viele Arme mit ihrem monatlichen Einkommen deutlich unterhalb dieser Schwelle. Das (äquivalenzgewichtete) Median-Einkommen der armen Menschen, also das mittlere Einkommen, wird für 2024 mit 1.099 Euro angegeben. Im Schnitt liegen arme Menschen mit ihrem monatlichen Einkommen 281 Euro unterhalb der Armutsschwelle.
- Die Inflation führte zu einer Verschärfung der Armut: Gleicht man die Entwicklung der Median-Einkommen der Armen mit der Preisentwicklung ab, so zeigt sich, dass die Armen seit 2020 real noch ärmer geworden sind. 2020 verfügten die Armen noch im Schnitt über 981 Euro monatlich. 2024 entspricht das preisbereinigte Median-Einkommen der Einkommensarmen 921 Euro. Dabei wird zugrund gelegt, dass man sich in 2024 für einen Euro weniger kaufen kann als noch in 2020. Im Vergleich von 2020 zu 2024 haben kaufkraftbereinigt die Armen im Schnitt weniger zur Verfügung.
- 5,2 Millionen Personen müssen in erheblicher materieller Entbehrung leben. Darunter befinden sich etwa 1,1 Million minderjährige Kinder und Jugendliche sowie 1,2 Millionen Vollzeiterwerbstätige.
- Mindestlohn und Wohngeldreform wirken: Die Zahl der Erwerbsarbeitenden in Armut ist leicht zurückgegangen.
- Die Schutzwirkung des Sozialstaates vor Armut hingegen schrumpft: 2021 konnte die Armutsquote durch die staatliche Umverteilung noch um 27,7 Prozentpunkte reduziert werden, 2024 dagegen nur noch um 25,1 Prozentpunkte. Daraus folgt, dass die Sozialleistungen deutlich erhöht werden müssen.

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg

Kulturtipp

Für Anerkennung und Respekt – Zwei Ausstellungen im Museum der Arbeit

Von Michael Joho

Gleich zwei ambitionierte, sehenswerte Ausstellungen laufen derzeit im Museum der Arbeit (Wiesendamm 3). Zum einen geht es um den Komplex **Gemeinsam und Verschiedensein**, der in der Präsentation **Respekt** vermittelt wird. Die Ausstellung richtet sich an Jugendliche ab 14 Jahren und junge Erwachsene, die sich hier mit Fragen nach der Identität, nach Diskriminierung Gleichberechtigung auseinandersetzen können. Im Mittelpunkt stehen dabei die altersgemäßen Orte, an denen ein respektvoller Umgang miteinander in der Schule, bei der Ausbildung und beim Berufseinstieg praktiziert werden kann. Insofern sollen sich mit der noch bis zum 12. April 2026 laufenden Ausstellung vor allem auch Schulklassen und Jugendgruppen angesprochen fühlen. Geboten wird laut Museumsankündigung die »Möglichkeit, außerhalb des Klassenzimmers in bunt-anregender Atmosphäre neue Gesprächsimpulse zu erhalten und der Entstehung von Vorurteilen und diskriminierendem Verhalten auf den Grund zu gehen.«

Die zweite Ausstellung ist dem nicht minder brisanten Thema der Pflege in den verschiedensten Einrichtungen, aber auch zuhause gewidmet. Es geht also um den Bereich **Care** und die Herausforderung, **Wenn aus Liebe Arbeit wird**. »Ob unbezahlt in der eigenen Familie oder als berufliche Tätigkeit in der Pflege, Kita und sozialen Diensten: Care-Arbeit hält unsere Gesellschaft am Laufen«, heißt es in der Bewerbung. Und weiter: »Dabei bleibt sie oft unsichtbar und wenig wertgeschätzt.« Zu sehen sind in der Ausstellung u.a. historische und zeitgenössische Fotos, Objekte, Interviewausschnitte und künstlerische Interventionen. »Die Ausstellung versteht sich als Dokumentation und Impulsgeber zugleich: Wie kann Care-Arbeit gerechter verteilt, besser bezahlt und stärker wertgeschätzt werden?«

Die Öffnungszeiten des Museums sind montags von 10.00 bis 21.00 Uhr, mittwochs bis freitags von 10.00 bis 17.00 Uhr und an den beiden Wochenendtagen von 10.00 bis 18.00 Uhr; dienstags ist geschlossen. Einzelbesucher*innen zahlen 8,50 Euro/ermäßigt 5,00 Euro Eintritt; für Gruppen ab zehn Personen beläuft sich der Eintritt auf jeweils 6,00 Euro; unter 18-Jährige zahlen nix. Mehr zu beiden Ausstellungen, zu Führungen und weiteren Veranstaltungen gibt es auf der Homepage des Museums der Arbeit.

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail (in der Regel) monatlich beziehen oder aber nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Stephan Jersch, Abgeordnetenbüro Weidenbaumsweg 19, 21029 Hamburg

Heike Sudmann (Tel. 040/428 312 250 | heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) | Stephan Jersch (0177 753 77 24 | stephan.jersch@linksfraktion-hamburg.de) | Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft | Rathausmarkt 1 | 20095 Hamburg